

Politische Behörden

**Politische Behörden
und Zentrale Dienste**

INHALT

POLITISCHE BEHÖRDEN

VORWORT – 5

GESAMTÜBERSICHT – 6

BÜRGERGEMEINDERAT – 8

BÜRGERRAT – 10

PERSONAL – 12

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT – 14

EINBÜRGERUNG – 17

E. ZÜNFTE UND E. GESELLSCHAFTEN – 18

STIFTUNGEN – 18

Christoph Merian Stiftung – 18

Leonhard Paravicini Stiftung sowie dieser angegliederten Stiftungen und Fonds – 19

Stiftungen und Fonds der Bürgergemeinde – 19

Weitere Stiftungen und Legate – 21

ZENTRALE DIENSTE

VORWORT – 23

ENGAGEMENT – 24

BERICHT ZU DEN PRODUKTEGRUPPEN – 26

ERFOLGSRECHNUNG – 31

KOMMENTAR ZUR ERFOLGSRECHNUNG – 32

Ertrag – 32

Aufwand – 33

BILANZ – 36

KOMMENTAR ZUR BILANZ – 38

Aktiven – 38

Passiven – 39

ANHANG ZUR JAHRESRECHNUNG – 42

WEITERE BERICHTE – 44

Forstbetrieb – 44

Liegenschaften – 47

Bürgerbuch und Jubiläen – 48

ANHANG UND STATISTIK – 49

Forstbetrieb – 49

Bürgerrecht – 51

BÜRGERRAT

Vorwort der Bürgerratspräsidentin



Das Jahr 2006 stand für die gesamte Bürgergemeinde ganz im Zeichen der Umsetzung der beschlossenen Strukturreform. Das bedeutete für die Institutionen, die Zentralen Dienste und die Christoph Merian Stiftung die Einführung und Etablierung neuer, wirkungsorientierter Instrumente mit dem Ziel, ihre Kernaufgaben künftig effizienter erfüllen zu können. Auch auf politischer Ebene ergaben sich Änderungen: Die Sachkommissionen und die neu gebildete Aufsichtskommission erhielten neue Kompetenzen und Aufgabenbereiche.

Diese Neuerungen brachten für alle Beteiligten einen grösseren Arbeitsaufwand mit sich, boten aber auch die Chance, die neuen Strukturen mitzugestalten und mitzuprägen.

Erfreulicherweise war in der gesamten Bürgergemeinde eine grosse Bereitschaft zu spüren, die Herausforderung anzunehmen und sich konstruktiv am Aufbau der neuen Strukturen zu beteiligen. Noch befindet sich der Veränderungsprozess in seiner Anfangsphase und zeigt im einen oder anderen Bereich Optimierungsbedarf. Diesem wird in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess Rechnung getragen. Zweimal mussten im Berichtsjahr Ersatzwahlen in den Bürgerrat durchgeführt werden: Im März wurde der Nachfolger für die Ende 2005 unerwartet verstorbene Bernadette Herzog gewählt und im Dezember stand die Wahl für den Nachfolger von Felix Riedtmann an, der im Herbst aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war.

Die Bürgergemeinde verfügt dank ihren schlanken Strukturen, ihrer bürgernahen Arbeitsweise und der sozialen Kompetenz ihrer Mitarbeitenden über eine hohe Leistungsfähigkeit und damit über optimale Voraussetzungen, um ihren Aufgabenbereich auszubauen. Wichtig wird sein, dass der Bürgerrat gegenüber dem Kanton weiterhin als starker, ernstzunehmender (Verhandlungs-) Partner auftritt und klar signalisiert, dass die Bürgergemeinde nicht nur das Potenzial, sondern auch die Absicht hat, erweiterte oder zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Dies vor allem mit Blick auf die kantonale Regierungs- und Verwaltungsreorganisation, die am 1. Januar 2009 in Kraft treten wird.

Raffaella Kristmann, Präsidentin des Bürgerrates

GESAMTÜBERSICHT UMSATZ, VERMÖGEN UND PERSONAL

UMSATZ	ERTRAG CHF	AUFWAND CHF	ERGEBNIS CHF
Zentrale Dienste	6'250'772	6'074'600	176'172
Vorjahr	5'345'668	5'138'639	207'029
Bürgerspital Basel	103'776'971	102'851'516	925'455
Vorjahr	99'667'974	99'020'430	647'544
Sozialhilfe der Stadt Basel*	79'193'208	221'495'038	- 142'301'830
Vorjahr	82'721'798	223'192'673	- 140'470'875
Bürgerliches Waisenhaus	8'450'527	7'707'820	742'707
Vorjahr	8'066'305	7'699'828	366'477
Christoph Merian Stiftung	46'461'492	36'156'044	10'305'448
Vorjahr	48'990'082	38'844'017	10'146'065

* Abgeltung des Aufwandüberschusses durch den Kanton Basel-Stadt

VERMÖGEN

		31.12.2006 CHF	31.12.2005 CHF
ZENTRALE DIENSTE			
AKTIVEN	Umlaufvermögen	5'149'342	3'771'621
	Anlagevermögen	42'514'620	39'526'340
	TOTAL AKTIVEN	47'663'962	43'297'961
PASSIVEN	Fremdkapital	27'119'268	23'284'764
	Eigenkapital	20'544'694	20'013'197
	TOTAL PASSIVEN	47'663'962	43'297'961
	Stiftungen und Fonds	12'170'300	11'889'123
BÜRGERSPITAL BASEL			
AKTIVEN	Umlaufvermögen	34'285'052	33'333'164
	Anlagevermögen	101'713'394	96'536'024
	TOTAL AKTIVEN	135'998'446	129'869'188
PASSIVEN	Fremdkapital	74'905'417	69'751'614
	Eigenkapital	61'093'029	60'117'574
	TOTAL PASSIVEN	135'998'446	129'869'188
	Stiftungen und Fonds	9'160'857	8'952'556

VERMÖGEN FORTSETZUNG**31.12.2006**
CHF31.12.2005
CHF**SOZIALHILFE DER STADT BASEL**

AKTIVEN	Umlaufvermögen	16'472'010	17'351'352
	Anlagevermögen	4'501'535	569'371
	TOTAL AKTIVEN	20'973'545	17'920'723
PASSIVEN	Fremdkapital	15'925'017	16'806'072
	Eigenkapital	5'048'528	1'114'651
	TOTAL PASSIVEN	20'973'545	17'920'723
	Stiftungen und Fonds	1'631'968	1'560'243

BÜRGERLICHES WAISENHAUS

AKTIVEN	Umlaufvermögen	3'500'938	4'545'709
	Anlagevermögen	2'853'262	2'206'812
	TOTAL AKTIVEN	6'354'200	6'752'521
PASSIVEN	Fremdkapital	1'145'400	2'278'194
	Eigenkapital	5'208'800	4'474'327
	TOTAL PASSIVEN	6'354'200	6'752'521
	Stiftungen und Fonds	10'211'942	9'606'606

SELBSTÄNDIGE STIFTUNGEN

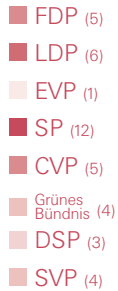
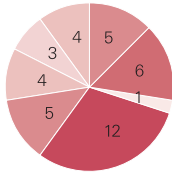
VERMÖGEN	Christoph Merian Stiftung (Bilanzsumme)	290'475'635	273'753'372
	Paravicini Stiftung, sowie die ihr angegliederten Stiftungen und Fonds (Bilanzsummen)	7'161'806	6'956'639

PERSONAL**VOLLSTELLEN****ANZAHL PERSONEN**

BESTÄNDE PER 31. 12. 2006	Zentrale Dienste	14.50	15
	Bürgerspital*	633.00	869
	Sozialhilfe	185.90	218
	Waisenhaus	54.50	67
	TOTAL	887.90	1169
	Christoph Merian Stiftung	67.5	82

* Hier sind die Mitarbeitenden ohne Rente dargestellt; daneben waren im Bürgerspital per 31.12.2006 385 Personen mit Rente (durchschnittlich 292 Vollstellen) beschäftigt.

BÜRGERGEMEINDERAT

SITZVERTEILUNG IM
BÜRGERGEMEINDERAT

Mutationen: Für den im Vorjahr verstorbenen Marc Baur (CVP) ist Peter Goepfert in den Bürgergemeinderat nachgerückt; die Sitze der zurück getretenen Joël Thüning (SVP) und Jacques Thurneysen (Grünes Bündnis) sind mit Roland Lindner (SVP) und Beatrice Alder (Grünes Bündnis) wieder besetzt worden. Die Nachfolge der in den Bürgerrat gewählten Patrick Hafner (SVP, gewählt am 21. März) und Paul von Gunten (FDP, gewählt am 12. Dezember) haben Andreas Ungricht (SVP) und Hans-Jörg Kundert (FDP) angetreten.

Geschäfte: Der Bürgergemeinderat hielt im Berichtsjahr 5 (Vorjahr: 7) Sitzungen ab. In jeder Sitzung hatte der Bürgergemeinderat Bürgerrechtsbegehren zu behandeln und Wahlen durchzuführen (u.a. Ersatzwahlen in den Bürgerrat sowie in verschiedene parlamentarische Kommissionen). Da das Parlament mit den neuen Strukturen über mehrjährige Leistungsaufträge und Globalbudgets (Produktegruppen) steuert und diese im Zuge der Einführung der neuen Strukturen allesamt im 2005 erarbeitet und erlassen worden sind, hatte dieses im Berichtsjahr nur wenige einzelne Sachgeschäfte zu behandeln.

Aus dem Geschäftsbereich des Bürgerspitals wurden dem Bürgergemeinderat folgende Berichte unterbreitet:

- Nr. 2003 Ratschlag betreffend Bewilligung eines Kredits für den Umbau und die Erweiterung der Infrastruktur Hotellerie in der Reha Chrischona, Bettingen
- Nr. 2004 Ratschlag betreffend Bewilligung eines Kredits für die Sanierung und den Umbau des Wohnhauses «Spalentor»
- Nr. 2007 Ratschlag betreffend Umwidmung der Liegenschaften Leimenstrasse 55 und Leimenstrasse 62/Feierabendstrasse 44 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen

Aus dem Geschäftsbereich des Bürgerlichen Waisenhauses behandelte der Bürgergemeinderat folgende Berichte:

- Nr. 2006 Bericht über die Produktegruppen «Pädagogik» und «Infrastruktur» inklusive Globalbudget 2007
- Nr. 2008 Bericht über die Produktegruppen «Services» und «Kultur» inklusive Globalbudget 2007

Das Parlament entschied jeweils gemäss den Anträgen des Bürgerrates.

Aus den Geschäftsbereichen Sozialhilfe der Stadt Basel, Zentrale Dienste und Christoph Merian Stiftung lagen dem Bürgergemeinderat keine Berichte vor.

Der Bürgergemeinderat hat von seinem neuen Instrument, dem Auftrag, bereits im ersten Jahr rege Gebrauch gemacht und dem Bürgerrat im Berichtsjahr folgende Anliegen unterbreitet:

- Auftrag betreffend Unvereinbarkeit einer Anstellung in der Bürgergemeinde und einem Mandat im Bürgergemeinderat
- Auftrag betreffend Unvereinbarkeit eines Mandats in der Aufsichtskommission des Bürgergemeinderates und einem Mandat in der Kommission der Christoph Merian Stiftung (CMS) sowie Unvereinbarkeit eines Mandats im Verwaltungsrat der Sozialhilfe und einem Einsitz in der Sachkommission Sozialhilfe oder der Aufsichtskommission
- Auftrag betreffend Überprüfung der Aufgaben der Bürgergemeinde

Als einzige Interpellation hatte der Bürgerrat die Interpellation Marcel Rünzi betreffend Übernahme neuer Aufgaben bzw. Weiterführung bisheriger Aufgaben (v.a. Sozialhilfe) durch die Bürgergemeinde zu beantworten.

Unerledigte Anzüge nach «altem Recht»: Den Anzug gibt es nicht mehr, bzw. dieses Instrument wurde durch das neu geschaffene Instrument des gestaltbaren parlamentarischen Auftrags ersetzt.

Am Ende des Berichtsjahres waren noch 4 (3) dem Bürgerrat überwiesene Anzüge «hängig».

2001	Prüfungskommission	Zentrale Liegenschaftsverwaltung aller Institutionen der Bürgergemeinde
2002	Patrick Loeb & Konsorten	Nachfrageorientierte Tagesbetreuung von Kindern und Jugendlichen durch die Bürgergemeinde der Stadt Basel
2004	Prüfungskommission	Neuverhandlungen des Zusatzabkommens IV vom 22. Dezember 1975/27. Januar 1976 über die Unterstützung der bürgerlichen Fürsorgeinstitutionen und die Verwendung des Ertrages der CMS
2005	Marcel Rünzi & Konsorten	Professionelle Unterstützung für Sozialinstitutionen

BÜRGERRAT



Bürgerrat (von links): Patrick Hafner, Leonhard Burckhardt, Sonja Kaiser, Raffaella Kristmann, Lukas Faesch, Paul von Gunten, Daniel Müller (Bürgerratsschreiber), Felix Eymann

Mutationen: Als Nachfolger der verstorbenen Bernadette Herzog (SP) ist Patrick Hafner (SVP) in den Bürgerrat gewählt worden, die Nachfolge des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Felix Riedtmann (FDP) hat Paul von Gunten (FDP) angetreten.

Nach 25-jähriger Tätigkeit hat sich Dr. Rudolf Grüninger Ende August als Bürgerratsschreiber und Direktor der Zentralen Dienste aus dem aktiven Berufsleben zurückgezogen. Seine Nachfolge hat am 1. September Daniel Müller angetreten.

Allgemeines: Der Bürgerrat hielt im Berichtsjahr 26 (Vorjahr: 24) Sitzungen ab. Einzelne Sitzungen fanden in Betrieben oder am Sitz der Institutionen sowie der Christoph Merian Stiftung statt, um allgemeine oder aktuelle Themen bzw. Geschäfte zu besprechen, Kontakte zu pflegen und gegenseitige Informationen auszutauschen.

Ferner wurde im Berichtsjahr aus dem Kreis des Bürgerrates eine Findungskommission für die Rekrutierung der Nachfolge des Direktors des Bürgerspitals gebildet. Diese hat in enger Zusammenarbeit mit einer erfahrenen Kadervermittlungsfirma ein einlässliches Evaluationsverfahren mit zahlreichen Sitzungen sowie verschiedenen Assessments durchgeführt. Am 19. September 2006 hat der Gesamtbürgerrat sodann Fritz Jenny zum neuen Direktor des Bürgerspitals gewählt.

Ferner hat eine bürgerrätliche Verhandlungsdelegation am 25. November Verhandlungen mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt über eine neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Bürgergemeinde aufgenommen.

Daneben haben die Leitungsausschüsse, welche aus den zwei für die jeweilige Institution bzw. die Zentralen Dienste zuständigen Bürgerräten bzw. Bürgerrätinnen sowie dem jeweiligen Direktor bestehen, ihre Arbeit als Leitungsorgan der ihnen anvertrauten Betriebe aufgenommen.

Ausschüsse/Delegationen: Der mit den neuen Strukturen geschaffene Leitungsausschuss Zentrale Dienste hat den Grossteil der Aufgaben verschiedener Ausschüsse übernommen (v.a. Ausschuss für Personalangelegenheiten, Liegenschaftsausschuss, bürgerrätlicher Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit). Als oberstes Organ der Zentralen Dienste hatte dieser zum einen alle in seinen Kompetenzbereich fallenden Geschäfte für den Bereich der Zentralen Dienste zu bearbeiten, und darüber hinaus sämtliche übergeordnete Geschäfte, welche die Bürgergemeinde als Ganzes betreffen, vorzubereiten bzw. zu behandeln.

In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Vorbereitung bzw. Vorberatung übergeordneter Geschäfte insbesondere im Personalbereich wie beispielsweise die Lohnrunde oder Gesuche um Stelleinreihungen bzw. -neuschaffungen zu erwähnen. Aber auch die Behandlung komplexer und übergreifender Themen wie Beantwortungen von parlamentarischen Aufträgen, Controlling, Umgang mit Führungsinstrumenten, Jahresbericht, Betreuung und Verwaltung von den der Bürgergemeinde anvertrauten Stiftungen und Fonds sind zu nennen. Zudem oblag ihm die Behandlung der verschiedensten Geschäfte aus dem operativen Bereich der Zentralen Dienste wie das Produktesummen- und Produktkreditebudget 2007 oder die Weiterentwicklung der Kiesgrubennutzung sowie der Forstbewirtschaftung. Auch gehörte die Vorbereitung und Durchführung der Hearings mit den Personalverbandsvertretungen zu dessen Aufgaben.

Organisatorisches, Finanzielles und Controlling: Im Berichtsjahr beschäftigten den Bürgerrat neben dem Tagesgeschäft unter anderem folgende Geschäfte: Analyse der Führungsstruktur im Bürgerspital und damit verbundene einvernehmliche Trennung vom damaligen Direktor sowie von einem weiteren Kadermitglied, Rekrutierung eines neuen Direktors für das Bürgerspital, Aufnahme der Verhandlungen mit dem Kanton betreffend Übernahme weiterer oder neuer Aufgaben durch die Bürgergemeinde, Implementierung des Controllingprozesses und Bearbeitung der jeweiligen Controllingberichte, Regelung der Verwendung der so genannten «Waisenhaus-Million», inhaltliche und formale Neugestaltung des Jahresberichts.

Ferner hat der Bürgerrat im Berichtsjahr von seiner Ausgabenkompetenz aus dem Anteil der Bürgergemeinde am Ertrag der Christoph Merian Stiftung Gebrauch gemacht und der E. Zunft zum Schlüssel CHF 100'000 für die Renovation des Zunfthauses zugesprochen.

PERSONAL

LOHNRUNDE 2007

Am 12. Dezember hat der Bürgergemeinderat einmal mehr über den Antrag des Bürgerrates zur Lohnentwicklung entschieden. Dabei wurde 1 Prozent der Gesamtlohnsumme für individuelle Lohnanpassungen aufgrund der Beurteilungsergebnisse der Mitarbeitergespräche zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurde beschlossen, dass die Arbeitgeberin im Jahr 2007 den Arbeitnehmerbeitrag von 0,52 Prozent der AHV-pflichtigen Lohnsumme an der Nichtbetriebsunfallversicherung trägt. Diese Massnahme ist derzeit ausschliesslich für das Jahr 2007 vorgesehen. Deren Fortsetzung in den Folgejahren ist zum heutigen Zeitpunkt nicht geplant.

Folgende Indikatoren werden in die jährlichen Überlegungen zur Bildung der neuen Löhne einbezogen: Die Entwicklung der Teuerung, das Vorgehen bei vergleichbaren Betrieben der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft, Erfahrung und Feedback aus der Personalgewinnung, die jährliche Mitarbeiterbeurteilung und nicht zuletzt die Kostensituation der Institutionen als eigentlich ausschlaggebender Faktor, da die Bürgergemeinde bekanntlich über keine Steuereinnahmen verfügt und somit die Ausgabenseite mit der Einnahmenseite im Gleichgewicht halten muss. Im Entscheidungsprozess wirken neben den politischen Organen sowie den Institutionen der Bürgergemeinde verschiedene Gremien wie die aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen paritätisch zusammengesetzte Begutachtungskommission der Sozialpartner, die Personalverbände (BAV, SYNA, VPOD, SBK, ISORBA und SBGRL) sowie die Aufsichtskommission, welche das Geschäft der Lohnrunde im Hinblick auf die Behandlung im Parlament vorberät, jeweils beeinflussend mit.

Im Weiteren hat der Bürgerrat unter anderem folgende Beschlüsse gefällt:**KINDER- UND
AUSBILDUNGSZULAGEN**

Im Rahmen des neuen Familienzulagengesetzes des Kantons Basel-Stadt werden die Kinder- und Ausbildungszulagen per 1. Januar 2007 von monatlich CHF 170 auf neu CHF 200 resp. von CHF 190 auf neu CHF 220 angehoben. Die zusätzlich ausgerichtete Unterhaltszulage der Bürgergemeinde wird auf dem bisherigen Stand belassen.

VERGÜNSTIGUNGEN

Weiterhin können die Mitarbeitenden der Bürgergemeinde von Personalvergünstigungen profitieren wie dem Job-Ticket zum Jugendtarif für monatlich CHF 41, statt CHF 64 (Jahresabonnement CHF 410, statt CH 640), dem Bezug von Reka-Checks im Wert von maximal CHF 500 mit 20% Rabatt sowie der Preisreduktion von CHF 100 auf ein Jahresabonnement des Migros Wellness Parc.

VERSICHERUNGEN

Obwohl die Prämien der Krankentaggeldversicherung für einige Institutionen eine Erhöhung erfahren haben, bleibt der Arbeitnehmerbeitrag im laufenden Jahr unverändert auf 0,37 Prozent der AHV-pflichtigen Lohnsumme. Der Prämienanteil der Arbeitnehmenden an der Nichtberufsunfallversicherung entfällt gemäss Beschluss des Bürgergemeinderats zur Lohnrunde für das Jahr 2007. Aufgrund einer massiven Prämienerrhöhung der Unfallversicherung für die Bereiche Sozialhilfe, Waisenhaus und Zentrale Dienste durch den bisherigen Versicherer hat der Bürgerrat entschieden, die Leistungen im Grundver-

sicherungsbereich bei einem anderen Anbieter zu wesentlich günstigeren Konditionen bei gleichen Leistungen zu versichern. Dieser Wechsel wurde per 1. Januar 2007 vollzogen.

BERUFLICHE VORSORGE

Es sind im Berichtsjahr keine Veränderungen beschlossen worden.

Im November/Dezember haben Neuwahlen in die Kassenvorstände der Vorsorgekasse der Bürgergemeinde bei der Bâloise Sammelstiftung stattgefunden.

FREI- UND FEIERTAGE

Nebst den angefallenen Frei- und Feiertagen gewährte der Bürgerrat einen zusätzlichen freien Arbeitstag, welchen die Institutionen entsprechend den betrieblichen Bedürfnissen für Brückenbildungen einsetzen konnten. Somit wurden in der Bürgergemeinde insgesamt (inklusive des zusätzlichen Kompensationstages) 12 Frei- und Feiertage gezählt.

ZUSAMMENARBEIT MIT DER BEGUT- ACHTUNGSKOMMIS- SION DER SOZIAL- PARTNER SOWIE DEN PERSONALVERBÄNDEN

Auch dieses Jahr kann auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Begutachtungskommission der Sozialpartner zurückgeblickt werden. Der für alle Seiten wichtige Meinungs- und Informationsaustausch bildet die Grundlage für die aktive Personalpolitik der Bürgergemeinde. Gleiches gilt für die vom Leitungsausschuss Zentrale Dienste in der Regel drei Mal pro Jahr durchgeführten Hearings mit den Personalverbandsvertretungen (BAV, SYNA, VPOD, SBK, ISORBA und SBGRL).

PERSONELLE VERÄNDERUNGEN IN DEN ZENTRALEN DIENSTEN

Am 1. September hat Daniel Müller, der als Verantwortlicher für den Rechtsdienst und Leiter Betrieb Zentrale Dienste bereits seit einigen Jahren für die Bürgergemeinde tätig gewesen ist, die Leitung der Zentralen Dienste und die Funktion des Bürgerratschreibers übernommen. Er löste damit Dr. Rudolf Grüninger ab, der sich Ende August im Hinblick auf die Pensionierung per 31. Januar 2007 vorzeitig aus dem aktiven Berufsleben zurückgezogen hat.

Am 1. August stiess Jens van der Meer neu zum Stadthaus-Team. Als Nachfolger von Daniel Müller trägt er die Verantwortung für den Rechtsdienst und ist in der Funktion als Leiter Betrieb für das Einbürgerungswesen und die Allgemeinen Dienste verantwortlich. Zu letzteren gehört auch der Bereich Empfang/Telefonzentrale/allgemeine Sekretariatsaufgaben, den Tanja Ulmann am 1. Oktober übernommen hat. Ebenfalls am 1. Oktober hat Peter Signer seine Arbeit im Forstbetrieb aufgenommen.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

BEBBI-BRYYS



Clara Wilpert und Lukas Faesch (Bürgerpräsident) freuen sich über das Bild von Samuel Buri

Den zweiten Bebbi-Bryys nach George Gruntz konnte Dr. Clara B. Wilpert, ehemalige Direktorin des Museums der Kulturen, Mitte Mai im Stadthaus entgegennehmen. Die Auszeichnung erhielt sie für ihre ausserordentlichen Verdienste für das Museum der Kulturen, das als ethnologisches Museum Weltruf genießt. Einen Höhepunkt in der Museumsgeschichte bildete sicherlich die Tibet-Ausstellung mit dem Besuch des Dalai-Lama im Mai 2001.

EM BEBBI
SY BURGERGMAIND

Einen wertvollen Einblick in eine andere Welt erhielten die Gäste am Benefizanlass «Em Bebbi sy Burgergmaind» im Stadthaus Ende August. Das Blindenheim Basel stellte auf eindrückliche Art und Weise die Arbeit seiner Mitarbeitenden vor. Das attraktive Rahmenprogramm bestritten zwei Jazzbands, der Basler Clown Pello sowie das Werkatelier mit einer Modeschau.



Arbeiten, ohne zu sehen: Stühleflechten

NEUE STRÄUCHER



Freude an der Arbeit im Wald

Rund 200 neue Sträucher pflanzten Schülerinnen und Schüler aus vier Schulklassen von Birsfelden am kantonalen Naturschutztag von Baselland in der Birsfelder Hard – eine der Waldungen der Bürgergemeinde. Nachdem zuvor im betroffenen Waldstück aus Sicherheitsgründen zahlreiche Bäume gefällt worden waren, war es eine willkommene Aktion, mit den Schülern einheimische Sträucher zu pflanzen. Der Natur- und Vogelschutzverein Birsfelden, die Gemeinde Birsfelden sowie die Sekundarschule Birsfelden unterstützten diesen Einsatz.

FITNESS TESTEN



Die Bürgergemeinde präsentierte sich auch am Informationsanlass der Reha Chrischona auf dem Barfi. Alles Wissenswerte über die Basler Bürgergemeinde wurde kurz und prägnant vermittelt. Nach dem Motto der Veranstaltung «Schnäll wiider fit» konnten die Gäste ebenfalls ihre körperliche und mentale Fitness am Fussballkasten testen.

Information und Spass auf dem Barfi

ABFALL IM WALD

Am Tag der offenen Tür der Hardwasser AG im Hardwald präsentierte sich der Forstbetrieb der Bürgergemeinde der Öffentlichkeit. Als Beispiel aus dem Alltag wurden unter anderem 15 Fässer à 200 Liter aufgetürmt. Dies ist die Menge Abfall, die wöchentlich im Hardwald, der intensiv für die Naherholung der Region genutzt wird, liegen bleibt.



Der Hardwald missbraucht als Entsorgungsort

EINBÜRGERUNG

Gemeinsame Zukunft in unserer Stadt

Über 50 000 Menschen leben in Basel-Stadt ohne Schweizerpass. Das Thema Einbürgerungen ist dieser Realität entsprechend verständlicherweise nach wie vor aktuell.

Ein Einbürgerungsgesuch kann gestellt werden, wenn die gesetzlichen Vorschriften über Wohnsitzdauer und Leumund erfüllt sind. Wer die Vorschriften erfüllt und den Entscheid trifft, Baslerin und Basler zu werden – gleichzeitig wird man Schweizer Staatsbürger –, der sollte sich bewusst sein, mit dem neuen Bürgerrecht einem Land mit demokratischer Staatsform anzugehören. Neubürgerinnen und Neubürger erhalten nebst den Pflichten auch Rechte; Rechte, die ihnen die Möglichkeit geben, sich verantwortungsvoll für die gemeinsame Zukunft in unserer Stadt und unserem Land zu engagieren.



Es ist deshalb sehr wichtig, dass die Einbürgerungswilligen über die neuen Rechte Bescheid wissen. In einem demokratisch geführten Land gehört es dazu, dass jeder Einzelne selbständig Bescheid weiss, wie unser Staat funktioniert. Ebenso wichtig ist, dass man mit dem Basler Alltag und den schweizerischen Gepflogenheiten vertraut ist. In einem Gespräch mit Mitgliedern der Einbürgerungskommission der Bürgergemeinde und den ausländischen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern werden Themen über Bund, Kanton und Bürgergemeinde behandelt, um dabei festzustellen, ob die Bewerberinnen und Bewerber mit unserer Stadt und unserem Land vertraut sind.

Diese Gespräche werden in der Regel jeden Freitagmorgen unter der Leitung des Stathalters, Paul von Gunten, und jeden Freitagnachmittag unter der Leitung der Präsidentin der Einbürgerungskommission geführt. Alle Mitglieder der Einbürgerungskommission bemühen sich sehr, ihrer nicht immer leichten Aufgabe gerecht zu werden. In einer Klausur sind aus diesem Grunde die Leitlinien für Einbürgerungsgespräche überarbeitet worden, um Entscheide so zu treffen, dass die Gesetzesvorgaben erfüllt sind, Rücksicht auf Herkunft, Bildung und Beruf genommen wird sowie besondere lebensgeschichtliche Hintergründe einbezogen werden.

Menschen, die seit Jahren in unserem Land und unserer Stadt leben, sich sprachlich gut verständigen können, und sich bemüht haben, mit unserem Alltag vertraut zu sein, sollen spüren, dass wir unsere Zukunft gemeinsam gestalten können, so dass sich alle, die in Basel-Stadt leben und sich hier zu Hause fühlen, auch ihren Platz in unserer Gesellschaft finden können.

Sonja Kaiser-Tosin, Präsidentin Einbürgerungskommission

Als eine der wesentlichsten Folgen der Teilrevision des eidgenössischen Bürgerrechtsgesetzes wurden die Einbürgerungskosten zu Beginn des Berichtsjahrs auf eine kostendeckende Gebühr begrenzt. Dabei handelt es sich um einen eigentlichen Paradigmawechsel im Bürgerrecht; Einkommen und Vermögen haben als Kriterium zur Mitbestimmung der Bürgerrechtsgebühr ausgedient. Deshalb wurde noch im Vorjahr im Rahmen einer Vollkostenrechnung eruiert, wie viel ein einzelnes Gesuch kostet, und gestützt darauf ein neues Gebührenreglement erarbeitet und verabschiedet. Infolge dieser Änderung ist längerfristig im Vergleich zu den früheren Jahren mit nachhaltigen Ertragsrückgängen zu rechnen.

Die Einbürgerungskommission hielt im Berichtsjahr 79 (Vorjahr: 57) Sitzungen ab. Sie behandelte an diesen Sitzungen insgesamt 1052 Gesuche (Vorjahr: 608). Davon wurden durch Aufnahme 61 (Vorjahr: 65) Schweizer und 861 (Vorjahr: 543) Ausländische Einbürgerungsgesuche erledigt. Zusätzlich wurden 75 (Vorjahr: 222) Gesuche um erleichterte Einbürgerung von Ehegatten von Schweizerbürgerinnen bzw. -bürger behandelt.

E. ZÜNFTE UND E. GESELLSCHAFTEN

Der Bürgerrat pflegte wiederum gute Kontakte mit den E. Zünften und E. Gesellschaften der Stadt Basel, die der Aufsicht der Bürgergemeinde unterstellt sind, und er genehmigte nach Prüfung die revidierten und vom Vorstand bzw. den Allgemeinen Vorgesetztenversammlungen beschlossenen Rechnungen der E. Zünfte und E. Gesellschaften. Er nahm die in seinen Kompetenzbereich fallenden Wahlgeschäfte für die Vorstadtgesellschaften vor, und er traf sich mit dem Fünfer-Ausschuss der Zünfte und Gesellschaften zur jährlichen Aussprache.

STIFTUNGEN

Christoph Merian Stiftung: Die Christoph Merian Stiftung ist eine selbständige, öffentlich-rechtliche Stiftung und steht unter der Aufsicht der Bürgergemeinde der Stadt Basel. Sie geht auf eine grosszügige Schenkung von Christoph Merian (1800–1858) an die Stadt Basel zurück und wurde nach dem Tod der Witwe Margaretha Merian-Burckhardt 1886 ins Leben gerufen. Dem Stifterwillen entsprechend ist die Stiftung dem Nutzen der Gesamtbevölkerung, der Unterstützung sozial Schwacher und der Achtung gegenüber Natur und Umwelt verpflichtet. Mit sozialen, städtischen und kulturellen Projekten setzt sie sich für das Wohl der Menschen in Basel ein. Hinter den breit gefächerten Aktivitäten steht grundsätzlich ein Gedanke: Sinnvolle Unterstützung muss zweckmässig, nachhaltig und wirtschaftlich erfolgen. So haben die geförderten Projekte vielfach Modellcharakter. Für die Einzelheiten wird auf die separate Berichterstattung der Christoph Merian Stiftung verwiesen.

Leonhard Paravicini Stiftung sowie dieser angegliederte Stiftungen und Fonds

	Bilanzsumme 31.12.2005 CHF	Vermögens- erträge CHF	Zweckbestimmte Vergabungen CHF	Verwaltungs- aufwendungen CHF	Bilanzsumme 31.12.2006 CHF
Leonhard Paravicini Stiftung «1844»	1'322'698.59	54'810.95	15'600.00	8'406.05	1'353'503.49
Dr. Alphonse Heckendorn Stipendienfonds «1957»	308'072.80	11'713.00	12'000.00	1'736.65	306'049.15
Thurneysensches Beneficium «1867»	128'868.55	4'922.40	1'500.00	1'358.55	130'932.40
Legat Emil Allemandi «1892»	442'982.55	17'598.95		3'046.25	457'535.25
Stiftung Ernst Eisenhut-Züst «1969»	4'754'016.50	196'172.70	11'000.00	28'403.85	4'913'785.35
TOTAL	6'956'638.99	285'218.00	40'100.00	42'951.35	7'161'805.64

Anmerkungen

Bei der Stiftung Ernst Eisenhut-Züst bestanden am 31.12.2006 für gesprochene, jedoch noch nicht ausgerichtete Vergabungen Kreditoren in der Höhe von CHF 3'000; in diesem Umfang erhöht sich die Bilanzsumme per 31.12.2006 zusätzlich.

Stiftungen und Fonds der Bürgergemeinde

	Bilanzsumme 31.12.2005 CHF	Vermögens- erträge CHF	Sonstige Erträge CHF	Zweckbestimmte Vergabungen CHF	Verwaltungs- aufwendungen CHF	Bilanzsumme 31.12.2006 CHF
Haug-Fuchs-Stiftung «1898»	264'585.10	10'246.95	100.00		1'251.00	273'681.05
Leonhard Haag-Stiftung «1922»	68'117.83	2'248.20		200.00	245.95	69'920.08
Legat Dr. Georges Jaeglé «1931»	31'787.45	659.45	24'412.45		121.00	56'738.35
Georges Lichtenberg-Stiftung «1940»*	3'269'089.45	167'654.05			89'231.30	3'349'441.35
Bähler-Stiftung «1964»**	4'816'379.10	282'844.95		60'484.65	157'565.70	4'881'173.70
Hilfsfonds für Härtefälle «1964»	273'978.15	9'794.55			1'248.75	282'523.95
Emilie Steinbrunner-Fonds «1971»	189'029.25	8'080.00		6'000.00	1'230.15	195'879.10
Herbert Helmich-Ratz-Fonds «1979»	291'394.10	11'661.60			1'474.65	301'581.05
Fonds Offner-Grimm «1980»/ Thoss-Arlet «1993»/Pratum «1999»	519'829.75	20'680.15			2'669.20	537'840.70
Josef Kissenberger-Fonds «1987»	381'815.50	14'639.15			1'823.40	394'631.25
Ernst Oskar Rudigier-Fonds «1993»	600'908.35	23'589.50			2'969.85	621'528.00
Vermächtnis Johanna Katharina Maier «1997»	239'363.40	8'715.50			1'086.60	246'992.30
Bitterli-Oesterle-Fonds «2000»	102'180.55	3'791.40			513.75	105'458.20
Unterstützungsfonds	840'664.90	34'277.75	3'257.00	21'000.00	4'288.85	852'910.80
TOTAL	11'889'122.88	598'883.20	27'769.45	87'684.65	265'720.15	12'170'299.88
Nachlass Eugen A. Meier «2005»	1'003'253.25	122'693.05	1'107'287.42		263'406.35	1'969'851.37

VERWALTUNGSBERICHT DES BÜRGERRATES

Anmerkungen

In den früheren Verwaltungsberichten wurde bei den unselbständigen Stiftungen und Fonds teilweise nicht der Bilanzwert, sondern das Stiftungskapital ausgewiesen. Neu wird zur Erhöhung der Transparenz sowie zwecks Darstellung der tatsächlichen Vermögenslage einheitlich der Bilanzwert per Stichtag abgebildet.

	Bilanzwert (31.12.2006)	Gebäudeversicherungswert (1.1.2007)
* und ** : Diesen Stiftungen gehören folgende Liegenschaften		
* Liegenschaft Gempenstrasse 68	1'140'000.00	1'497'000.00
** Liegenschaft Allschwilerstrasse 94	1'500'000.00	1'479'000.00
** Liegenschaft Schneidergasse 2	1.00	960'000.00

Anmerkungen

Aufgrund der Tatsache, dass die Georges Lichtenberg-Stiftung sowie die Bähler-Stiftung Eigentümerinnen von Liegenschaften sind, wird in der Kolonne «Verwaltungsaufwendungen» auch der jeweilige Liegenschaftsaufwand ausgewiesen. Im einzelnen setzen sich die ausgewiesenen Verwaltungsaufwendungen der Bähler-Stiftung wie folgt zusammen: Kosten für Administration und Vermögensverwaltungsmandat CHF 20'490.40, Aufwendungen für die Liegenschaftsbewirtschaftung CHF 137'075.30 (Abschreibungen, Hypothekarzinsen, Unterhalt, Liegenschaftsverwaltungskosten). In den Verwaltungsaufwendungen der Georges Lichtenberg-Stiftung sind Kosten für Administration und Vermögensverwaltungsmandat in der Höhe von CHF 14'713.85 und Aufwendungen für die Liegenschaftsbewirtschaftung in der Höhe von CHF 74'517.45 enthalten (Abschreibungen, Unterhalt, Liegenschaftsverwaltungskosten).

Die sonstigen Erträge begründen sich wie folgt:

Haug-Fuchs-Stiftung	Spende
Legat Dr. Georges Jaeglé	Erträge für vorübergehende Verwaltung der sog. «Waisenhaus-Million»
Unterstützungsfonds	Spenden
Nachlass Eugen A. Meier	Unterjähriger Zufluss von weiterem Nachlassvermögen

Anmerkungen

Bei der Georges Lichtenberg Stiftung erhöhten sich die über den Jahreswechsel transitorisch zu buchenden periodenfremden Guthaben auf dem Konto für die Liegenschaft in der Höhe von CHF 1'929.15. Beim Emilie Steinbrunner-Fonds bestanden am 31.12.2006 für gesprochene, jedoch noch nicht ausgerichtete Vergabungen Kreditoren in der Höhe von CHF 6'000. In diesem Umfang verändert sich die jeweilige Bilanzsumme zusätzlich.

Der Nachlass Eugen A. Meier ist operativ noch nicht aktiv, weshalb dieser gesondert ausgewiesen wird. Die Aufnahme der eigentlichen Stiftungstätigkeit ist «aufgeleist» und für das Jahr 2007 vorgesehen. Zudem erhöht sich die Bilanzsumme des Nachlasses per 31.12.2006 zusätzlich um CHF 24, weil in diesem Umfang für im Berichtsjahr angefallene, jedoch noch nicht bezahlte Aufwendungen Kreditoren bestanden.

Weitere Stiftungen und Legate

**CARL BISCHOFFSCHES
THEATERLEGAT**

Carl Bischoff-Stehelin (1803-1866) hat dem Basler Stadttheater ein Legat von CHF 100'000 ausgesetzt, über dessen Ertragnisse es seit 1866 verfügt. Das Legat wurde 1898 um CHF 25'000, welche die 1897 verstorbene Frau Rosalie Wybert-Soller mit dieser Zweckbestimmung vermachte, und 1908 um weitere CHF 13'333.35 durch ein Legat von Remy Merian-Oster vermehrt. Sollte das Theater eines Tages geschlossen oder veräussert werden, so fallen dem Waisenhaus und dem Bürgerspital je die Hälfte des dannzumal vorhandenen Vermögens zu. Das Vermögen, verwaltet durch die Theater-Genossenschaft Basel, beträgt per 31.12. CHF 212'606.20

PAUL SCHERRER-FONDS

Die Angehörigen des 1935 verstorbenen Paul Scherrer, Bürger von Kirchberg SG und von Basel, haben 1962 unter dem Namen Paul Scherrer-Fonds eine Stiftung errichtet, dieser CHF 100'000 gewidmet und sie der Aufsicht der Bürgergemeinde Basel unterstellt. Aus den Ertragnissen sollen Stipendien an junge begabte Bürger der Stadt Basel oder der Gemeinde Kirchberg SG oder an Schweizer Bürger, welche seit der Schulzeit in Kirchberg wohnen, ausgerichtet werden. Zuständig ist der Stiftungsrat (Präsidentin: Frau Verena Scherrer). Im Berichtsjahr wurden an Basler Bürger Stipendien im Gesamtbetrag von CHF 1'200 ausbezahlt. Das Vermögen beträgt per 31.12. CHF 167'960.35

**GUSTAVE UND ERNESTINE
BASNIZKI-STIFTUNG**

Die 1965 in Basel verstorbene Frau Ernestine Basnizki-Wolff hat der Bürgergemeinde der Stadt Basel ein Barlegat mit der Verpflichtung vermacht, eine Stiftung zu errichten, deren Zinsen zur Hälfte der Bürgergemeinde der Stadt Basel und zur anderen Hälfte dem Institut für Rechtswissenschaft der Universität Basel zukommen sollen. Das Stiftungskapital beträgt nach Eingang eines zweckgebundenen Vermächtnisses im Herbst 1994 CHF 350'000. Zuständig ist der Stiftungsrat (Präsident: Dr. iur. David Jenny). Für das Berichtsjahr wurden der Bürgergemeinde und dem Institut für Rechtswissenschaft je CHF 3'500 zugesprochen. Der Vermögensertrag betrug CHF 16'031.85, der Verwaltungsaufwand CHF 2'627.20. Die Bilanzsumme per 31.12. belief sich auf CHF 381'166.90



Das Stadthaus: Sitz der Bürgergemeinde

ZENTRALE DIENSTE

Vorwort des Präsidenten

2006 war für die Zentralen Dienste ein Jahr besonderer Herausforderungen. Die während langer Zeit vorbereiteten neuen Strukturen wurden auf diesen Zeitpunkt implementiert, die Bürgergemeinde arbeitet nun mit einem neuen Verständnis von Politiksteuerung und Budgetierung, das die Bedürfnisse der Partner, mit denen sie zusammenarbeitet, in den Vordergrund stellt, und auf der Erzielung optimaler Wirkung der eingesetzten Mittel und regelmässiger Kontrolle der erbrachten Leistungen basiert. Die Zentralen Dienste nehmen in diesem System die Rolle der Spinne im «Netz Bürgergemeinde» ein, die zur rechten Zeit am richtigen Faden ziehen muss, damit die übrigen Beteiligten ihre Rolle adäquat zu spielen wissen. Dass dieser Wandel bei allen Kinderkrankheiten, die den neuen Strukturen noch anhaften, gut angelaufen ist und das Netz sich als geschmeidig genug erwiesen hat, ist vielen Menschen und Institutionen zu verdanken: die Behörden – Bürgerrat und Parlament – haben verständnisvoll mitgezogen, die Institutionen haben einen hohen Einsatz für die Politik an den Tag gelegt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Zentralen Diensten selbst haben die neuen Spielregeln schon weitgehend internalisiert und zeigen vorbildliche Kompetenz und Identifikation mit der Bürgergemeinde. Ihnen allen sei herzlicher Dank für ihre Leistungen ausgesprochen.



Die Zentralen Dienste bieten bekanntlich ein reiches Spektrum an Betätigungsfeldern: Immobilien wollen sachgerecht verwaltet sein, Wald will artgerecht gepflegt und gleichzeitig – beinahe ist man versucht zu sagen, dennoch – für das Publikum als Erholungsraum aufbereitet sein, das Bürgerbuch muss korrekt geführt und die Zünfte und Gesellschaften wollen beaufsichtigt sein. Dazu müssen Personalfragen fair, aber auch marktgerecht gelöst und anspruchsvolle politische Behörden rechtzeitig und kompetent bedient werden. Medienschaaffende wollen zeitgerecht mit relevanten Informationen aus der Bürgergemeinde versehen werden. Der Alltag aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralen Dienste, dessen Bestandteile hier nur beispielhaft in Teilen aufgezählt werden konnten, ist kaum langweilig. Aber damit nicht genug: Als spezielle Zusatzaufgabe sind 2006 schwierige Verhandlungen mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt aufgenommen worden, die eine neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Bürgergemeinde zum Gegenstand haben. Definitive Resultate liegen noch nicht vor, aber es ist absehbar, dass die Gespräche einschneidende Folgen für die Bürgergemeinde haben werden.

Dieses vielfältige und anforderungsreiche Tätigkeitsspektrum stellt hohe Ansprüche an den Leiter Zentrale Dienste. Nachdem der langjährige und hochverdiente «Mister Bürgergemeinde» Ruedi Grüninger per Ende August 2006 in Pension gegangen ist, trat Daniel Müller seine Nachfolge an. Er hat seine Funktion mit viel Schwung und Kompetenz aufgenommen. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit ihm und mit der ganzen Crew im Stadthaus.

Leonhard Burckhardt, Präsident des Leitungsausschusses Zentrale Dienste

ENGAGEMENT

Die Zentralen Dienste im Stadthaus, dem Sitz der Bürgergemeinde, füllen nach wie vor eine Doppelrolle aus. Zum einen sind sie die zentrale Stabstelle für sämtliche politischen Organe, d.h. sowohl der Legislative mit ihren Kommissionen wie auch der Exekutive mit ihren Kommissionen und Ausschüssen. In dieser Funktion haben sie unter anderem die Geschäfte so vor- und aufzubereiten, dass die politischen Organe in Kenntnis aller relevanten Umstände ihre Verantwortung wahrnehmen und die notwendigen Entscheidungen fällen können. Die Zentralen Dienste verstehen sich dabei, wie bereits der Name sagt, als Dienstleistungszentrum und streben an, in Zukunft dienstleistungsorientierter aufzutreten und die bereits eingeleitete Entwicklung vom «administrativen Verwalten» hin zum modernen und unterstützenden Dienstleistungszentrum, welche mit dem zu Beginn des Berichtsjahres vollzogenen Namenswechsel von «Zentralverwaltung» zu «Zentrale Dienste» signalisiert wurde, weiter zu führen.

Zu den operativen Einheiten der Zentralen Dienste ist festzuhalten, dass die Waldbewirtschaftung nach wie vor defizitär ist. Deshalb wird angestrebt, durch eine Erweiterung des Angebots sowohl hinsichtlich Breite wie Vielfalt zusätzliche Deckungsbeiträge zu erwirtschaften, so dass längerfristig ein möglichst kleiner Aufwandüberschuss resultiert, wenngleich angesichts der aktuellen Rahmen- und Marktbedingungen davon auszugehen ist, dass dieser Bereich auch langfristig defizitär bleiben wird. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass die Nutzung der Waldungen immer intensiver wird. Dabei wird es immer schwieriger, die Bedürfnisse aller Nutzer (Spaziergänger – oft mit Hunden, «Freizeitgästen», Sportlern u.a.m.) «unter einen Hut zu bringen» und zugleich den Wald zu pflegen und bewirtschaften. Zudem sind mit dieser intensiven Nutzung für den Waldeigentümer Aufwendungen verbunden, für welche niemand aufkommen will.

Gerade auf dem Gebiet des stadtnahen Hardwaldes erbringt die Bürgergemeinde wesentliche Leistungen für die Bevölkerung der Stadt und Region, die nichts mit Waldbewirtschaftung oder -nutzung im klassischen Sinne zu tun haben. Beispielhaft kann der Unterhalt eines 30 km langen Wegnetzes (vorwiegend kindewagentauglich), die Errichtung und Pflege von 10 gesicherten Feuerstellen, 90 Sitzbänken und 30 Tischgruppen sowie der Unterhalt einer Blockhütte und des Vita Parcours genannt werden. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass wöchentlich 15 Fässer à 200 Liter Abfall anfallen, die entsorgt werden müssen, sowie jährlich ca. 1500–1700 Arbeitsstunden für reine Wohlfahrtsleistungen durch den Forstbetrieb der Bürgergemeinde geleistet werden.

Auch im Bereich der Einbürgerungen ist in jüngster Zeit vieles in Bewegung gekommen. Dabei wurden verschiedene Abläufe und Gepflogenheit gegen Ende des Berichtsjahres kritisch überprüft. Diese Analyse hat verschiedentlich Verbesserungsbedarf und -potenzial – gerade im Hinblick auf die Art der Unterstützung der Bewerbenden – aufgezeigt. Dies wird im kommenden Jahr an die Hand genommen werden. Zudem ist beabsichtigt, dass die Bürgergemeinde künftig bereits früher – also noch vor dem Einbürgerungs- und bereits während des Integrationsprozesses – eine aktive Rolle spielt; die Bürgergemeinde ist hier gemeinsam mit ihren Partnern vor allem aufgrund ihres durch die Einbürgerungsaktivitäten erworbenen Know-hows geradezu aufgefordert.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ist festzustellen, dass die Bürgergemeinde mit den Leistungen und Aktivitäten ihrer Institutionen bzw. der Christoph Merian Stiftung nach wie vor zu wenig in Verbindung gebracht wird. Dieses Defizit soll durch ein zu schaffendes Kommunikationskonzept sowie vor allem mittels einer zu entwickelnden Marketingstrategie angegangen werden.

Die Einführung der neuen Strukturen kann insgesamt als sehr positiv beurteilt werden. Diese haben vor allem eine klare Trennung zwischen den strategischen und operativen Aufgaben, eine leistungsfördernde Output- statt Inputsteuerung sowie eine grosse unternehmerische Freiheit für die operativen Einheiten bei gleichzeitiger Gewährleistung der Kontrolle durch die übergeordneten Organe mittels des Reportings gebracht. Es ist jedoch selbstverständlich, dass in diesem vollends neuen System auch noch die eine oder andere Unsicherheit besteht, so dass noch gewisse Optimierungsmöglichkeiten vorhanden sind, welche es in den folgenden Jahren aufzuarbeiten gilt.

BERICHT ZU DEN PRODUKTEGRUPPEN

Seit der Einführung der Neuordnung der Strukturen und der Führung in der Bürgergemeinde per 1. Januar dieses Jahres hat jede Institution eine Aufgabenbeschreibung, die in so genannten Produktgruppen festgehalten ist. Die Zentralen Dienste haben zwei umfassende Hauptbetätigungsfelder: «Konzernführung» und «Dienstleistungen für die Bürgerschaft».

Produktgruppe «Konzernführung»

UNTERNEHMEN	Zentrale Dienste
PRODUKTEGRUPPE	Konzernführung
BESCHREIBUNG DES ANGEBOTS	<p>Die politischen Organe führen die Geschicke der Bürgergemeinde; dabei werden sie von der zentralen Stabsstelle unterstützt.</p> <p>Diese erbringt die für die Konzernführung notwendigen Dienstleistungen, erarbeitet die für die Entscheidungsfindung der politischen Organe notwendigen Entscheidungsgrundlagen, stellt die für die Aufgabenerfüllung der politischen Organe notwendige Infrastruktur bereit, erbringt für die einzelnen Institutionen bzw. die Christoph Merian Stiftung zentrale Dienstleistungen und sorgt durch eine geeignete Anlage des Vermögens sowie andere Erträge für die Finanzierung dieser Leistungen. Sie ist für die Verwaltung von Stiftungen und Fonds besorgt.</p>
KUNDINNEN UND KUNDEN	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgergemeinderat • Bürgerrat • Institutionen/Christoph Merian Stiftung
POLITISCHE ZIELSETZUNGEN	<p>Die Zentralen Dienste erbringen als zentrale Stabsstelle qualitativ hoch stehende Leistungen, gewährleisten das Funktionieren der Konzernführung, stellen den Informationsfluss sicher, sorgen für die Einhaltung der demokratischen Regeln und präsentieren die Gemeinde nach Aussen.</p>

ZENTRALE DIENSTE

BETRIEBLICHE ZIELSETZUNGEN

ZIEL	INDIKATOREN	SOLL-WERTE	BERICHTERSTATTUNG 2006
Die Kundinnen und Kunden sind mit den Dienstleistungen der Zentralen Dienste zufrieden	Erhebungen der Aufsichtskommission im Rahmen des Jahresberichts	Einmal jährlich; > 95% zufrieden	Allfällige Erhebungen oder Feststellungen der Aufsichtskommission im Rahmen der Behandlung des vorliegenden Jahresberichts können erst im Jahresbericht 2007 abgebildet werden
	Schriftliche Reklamationen	Keine gerechtfertigten	Es sind im Berichtsjahr keine schriftlichen Reklamationen durch die Kundinnen und Kunden eingegangen
	Feedback der Kundinnen und Kunden	Kritik und Anregungen werden ernstgenommen; schriftliche Anfragen werden schriftlich beantwortet	Es sind im Berichtsjahr keine schriftlichen Anfragen durch die Kundinnen und Kunden eingegangen
Die Zentralen Dienste sorgen durch eine ausgewogene und weitsichtige Finanzpolitik dafür, dass stets ausreichend Mittel zur ordnungsgemässen Erfüllung der anfallenden Aufgaben vorhanden sind	Ausgeglichene Rechnung	> = 0	Erreicht; siehe Finanzergebnis
Zufriedenheit beim Personal	Fluktuationsrate	< 10%	Im Berichtsjahr erfolgten gesamthaft 4 Abgänge; bei einem Personalkörper von 16 Personen Ziel formal verfehlt, weil die Fluktuationsrate 25% beträgt. Materiell sind jedoch keine Abgänge aus Unzufriedenheit zu verzeichnen
	Jährliches MAG	Positives Feedback	Die im Oktober/November geführten Mitarbeitergespräche (MAG) zeigten ein positives Bild.
Dauer	2006 bis 2008 (3 Jahre)		

Globalbudget gemäss dem vom Bürgergemeinderat verabschiedeten verbindlichen Leistungsauftrag für 2006 bis 2008

p.m. Gemäss § 2c der Gemeindeordnung enthalten die Globalkredite alle Aufwendungen und Erträge, die zur Erreichung der Ziele und zur Umsetzung der Vorgaben nötig sind. Sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge sind abzubilden. Beschlossen wird gemäss § 2c. Abs. 2 der Gemeindeordnung indes nur die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag (Nettokredit). Dieser Nettokredit bildet demnach die Steuerungsgrösse. Wird der Nettokredit eingehalten, ist das Finanzziel erreicht.

BUDGET	AUFWAND	ERTRAG VON DRITTEN	EIGENE ERTRÄGE	ERGEBNIS
GLOBALBUDGET 2006–2008 P.A.	5'150'000.00	1'000'000.00	4'150'000.00	0.00
JAHRESERGEBNIS	5'235'191.00	1'046'214.00	4'278'765.00	89'788.00

Kommentar: Die Produktegruppe «Konzernführung» schliesst mit einem Plus von CHF 89'788 ab. Dieses erfreuliche Ergebnis ist in erster Linie auf ein besseres Ergebnis des Forstbetriebs als erwartet sowie geringere Aufwendungen bei den Personalkosten und den Sitzungsgeldern von Bürgerrat und Bürgergemeinderat als prognostiziert zurückzuführen. Für die Einzelheiten kann auf die Erfolgsrechnung bzw. deren Kommentar verwiesen werden.

Zu den Hintergründen der an sich zu hohen Fluktuationsrate ist zum Personal im Stadthaus festzuhalten, dass eine Person im Hinblick auf die Pensionierung per 31. Januar 2007 bereits am 31. August ausgeschieden ist. Daneben hat eine Person per 31. Juli gekündigt, um eine Weiterbildung anzugehen. Im Forstbetrieb ist eine Person nach Abschluss der Lehre planmässig per 31. März ausgeschieden. Ferner hat eine Person per 31. Januar gekündigt, um eine Weiterbildung zum Baumpflegespezialisten anzugehen.

Produktegruppe «Dienstleistungen für die Bürgerschaft»

UNTERNEHMEN	Zentrale Dienste
PRODUKTEGRUPPE	Dienstleistungen für die Bürgerschaft
BESCHREIBUNG DES ANGEBOTS	Die Zentralen Dienste sorgen für einen reibungslosen und speditiven Ablauf der Einbürgerungsgesuche, führen das Bürgerbuch, erbringen weitere Dienstleistungen für die Bürgerschaft und stellen die Oberaufsicht über die Zünfte und Gesellschaften der Stadt Basel sowie insbesondere deren Beratung sicher.
KUNDINNEN UND KUNDEN	<ul style="list-style-type: none"> • Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen von Einbürgerungen • Bürgerinnen und Bürger • Zünfte und Gesellschaften der Stadt Basel

ZENTRALE DIENSTE

BETRIEBLICHE ZIELSETZUNGEN

ZIEL	INDIKATOREN	SOLL-WERTE	REPORTING
Die Kundinnen und Kunden sind mit den Dienstleistungen der Zentralen Dienste zufrieden	Beschwerden und Reklamationen	Keine berechtigten	Es sind keine Beschwerden bzw. Reklamationen der Kundinnen und Kunden eingegangen
Die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller von Einbürgerungen sind mit der ordnungsgemässen Verfahrensabwicklung zufrieden	Zufriedenheitsgrad der Leistungsempfängerinnen und -empfänger	> 90% der Befragten sind zufrieden	Es wurde im Berichtsjahr noch keine Befragung durchgeführt
	Durchlaufzeit der Gesuche	Zwischen Eingang und Entscheid bei der Bürgergemeinde liegen bei ordentlicher Erledigung maximal 6 Monate für Ausländerinnen und Ausländer und maximal 3 Monate für Schweizerinnen und Schweizer	Nur teilweise erreicht. Reine Behandlungsdauer liegt in der Regel innert der Vorgaben. Allerdings besteht angesichts der grossen Pendenzenlast ab Eingang insgesamt eine längere Verfahrensdauer
Die Einbürgerungsgesuche werden gesetzeskonform behandelt	Rekursverfahren, die ihre Veranlassung in Handlungen der Zentralen Dienste haben, halten einer richterlichen Beurteilung stand	< 1% Rekursverfahren; 0% unterlegene Rekursverfahren	Erreicht; im Zeitraum vom 1.1.06 bis 31.12.06 sind keine Rekurse gegen Einbürgerungsentscheide eingegangen
Mit dem erwirtschafteten Ertrag finanzieren die Zentralen Dienste diese Produktegruppe weitgehend selbst	Ausgeglichene Rechnung nach Zuschuss aus dem Vermögensertrag von maximal CHF 100'000	> = 0	Erreicht; siehe Finanzergebnis
Dauer	2006 bis 2008 (3 Jahre)		

Globalbudget gemäss dem vom Bürgergemeinderat verabschiedeten verbindlichen Leistungsauftrag für 2006 bis 2008

p.m. Gemäss § 2c der Gemeindeordnung enthalten die Globalkredite alle Aufwendungen und Erträge, die zur Erreichung der Ziele und zur Umsetzung der Vorgaben nötig sind. Sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge sind abzubilden. Beschlossen wird gemäss § 2c. Abs. 2 der Gemeindeordnung indes nur die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag (Nettokredit). Dieser Nettokredit bildet demnach die Steuerungsgrösse. Wird der Nettokredit eingehalten, ist das Finanzziel erreicht.

BUDGET	AUFWAND	ERTRAG VON DRITTEN	EIGENE ERTRÄGE	ERGEBNIS
GLOBALBUDGET 2006–2008 P.A.	580'000.00	480'000.00	100'000.00	0.00
JAHRESERGEBNIS	839'409.00	925'793.00	0.00	86'384.00

Kommentar: Die Produktegruppe «Dienstleistungen für die Bürgerschaft» schliesst mit einem Plus von CHF 86'384 ab. Dieses Ergebnis ist umso erfreulicher, wenn man berücksichtigt, dass dieses zustande kam, ohne dass auf die gemäss Definition der Produktegruppe bestehende Möglichkeit eines Zuschusses aus dem Vermögensertrag bis maximal CHF 100'000 zurückgegriffen werden musste.

Dieses erfreuliche Ergebnis ist in erster Linie auf deutlich höhere Einnahmen im Einbürgerungsbereich als prognostiziert zurückzuführen. Die Ursache für diese markant höheren Einnahmen liegt darin, dass die Einbürgerungskommission vorübergehend – zwecks Abbaus pender Gesuche – die Kadenz der Behandlung von Einbürgerungsbegehren im Berichtsjahr massiv erhöht und somit im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt signifikant mehr Gesuche behandelt hat. Da diese höhere Kadenz jedoch nach Abbau der bestehenden Pendenzen wieder reduziert werden wird, sind diese Mehrerträge nicht nachhaltig sondern haben «Einmaligkeitscharakter». Auch darf nicht übersehen werden, dass mit dieser höheren Kadenz auch höhere Aufwendungen vor allem im Verwaltungsbereich sowie bei den Sitzungsgeldern verbunden sind. Zudem wurden für verschiedene Projekte im Bereich der Einbürgerungen Rückstellungen gebildet. Für die Einzelheiten kann auch hier auf die Erfolgsrechnung bzw. deren Kommentar sowie zusätzlich auf die Ausführungen zum Bereich Einbürgerungen verwiesen werden.

Zum Ziel, wonach die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller von Einbürgerungen mit der ordnungsgemässen Verfahrensabwicklung zufrieden sein sollen, ist festzuhalten, dass im Berichtsjahr noch keine Befragung durchgeführt worden ist, sondern eine solche während der Laufzeit der Produktegruppe geplant ist.

Zur Verfahrensdauer von Einbürgerungsgesuchen ist zu ergänzen, dass das Problem darin liegt, dass in der Vergangenheit im Schnitt mehr Gesuche eingegangen sind, als die Einbürgerungskommission jährlich behandeln konnte. Dadurch haben sich in den letzten Jahren erhebliche Pendenzen gebildet. Im Berichtsjahr wurden deshalb Gegenmassnahmen ergriffen: Steigerung der behandelten Gesuche der Einbürgerungskommission pro Sitzung; Durchführung zusätzlicher Sitzungen der Einbürgerungskommission. Im Ergebnis konnte die Einbürgerungskommission somit insgesamt 1052 Gesuche (2005: 608 Gesuche) bearbeiten. Berücksichtigt man dabei, dass im Berichtsjahr 598 (Vorjahr: 764) neue Gesuche eingegangen sind, wird deutlich, dass die Einbürgerungskommission im Berichtsjahr in grossem Umfang Pendenzen abgebaut hat.

ERFOLGSRECHNUNG

		2006	2005
		CHF	CHF
BETRIEB			
ERTRAG	Gebühren Bürgerrecht	924'573.40	649'694.65
	Beiträge und Honorare	381'146.95	329'161.40
	Forstbetrieb	766'213.73	515'014.05
	Zinsen auf Guthaben, Darlehen und Wertschriften	65'820.95	67'503.45
	Mietertrag (Eigenmiete)	90'000.00	0.00
	TOTAL ERTRAG BETRIEB	2'227'755.03	1'561'373.55
AUFWAND	Bürgergemeinderat	104'660.00	124'232.30
	Bürgerrat	82'807.05	92'049.05
	Personalaufwand	1'450'414.50	1'526'199.05
	Öffentlichkeitsarbeit	143'142.90	182'227.05
	Verwaltungsaufwand	531'994.05	187'240.60
	Mietaufwand (Eigenmiete)	90'000.00	0.00
	Forstbetrieb	838'512.40	560'846.60
TOTAL AUFWAND BETRIEB	3'241'530.90	2'672'794.65	
ERGEBNIS BETRIEB	-1'013'775.87	-1'111'421.10	
LIEGENSCHAFTEN			
ERTRAG	Mietertrag	3'211'076.50	3'138'918.05
	Baurechtszinsen	302'333.75	299'632.00
	Pachtzinsen	509'606.80	345'743.60
LIEGENSCHAFTSERTRAG	4'023'017.05	3'784'293.65	
AUFWAND	Stadthaus	138'967.15	83'367.60
	Wohnliegenschaften	2'155'846.66	1'910'515.40
	Waldhaus	164'285.85	163'860.95
	Kiesgrube/Hardwasser AG	43'080.30	36'256.05
	Zuweisung Investitionsfonds	290'000.00	230'000.00
LIEGENSCHAFTSAUFWAND	2'792'179.96	2'424'000.00	
ERGEBNIS LIEGENSCHAFTEN	1'230'837.09	1'360'293.65	
ERGEBNIS VOR STEUERN		217'061.22	248'872.55
STEUERN		40'889.10	41'843.55
JAHRESERGEBNIS	176'172.12	207'029.00	

KOMMENTAR ZUR ERFOLGSRECHNUNG

ALLGEMEINES

Die Zentralen Dienste der Bürgergemeinde schliessen bei einem Ertrag von CHF 6'250'772.08 und einem Aufwand von CHF 6'074'599.96 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 176'172.12 ab. Dieses Resultat stimmt mit der bewährten Zielsetzung überein, wonach die zentrale Stabsstelle der Bürgergemeinde auf der Basis einer ausgewogenen und weitsichtigen Finanzpolitik anzustreben hat, stets ausreichend Mittel zur ordnungsgemässen Erfüllung der anfallenden Aufgaben bereitzuhalten. Darüber hinaus können auf diese Weise dem Vermögen Mittel zugeführt werden, um die fortschreitende Geldentwertung aufzufangen bzw. abzufedern. Auch wird damit der vom Bürgergemeinderat bewilligte Nettokredit für die Jahre 2006 bis 2008, welcher über die dreijährige Laufdauer ein ausgeglichenes Ergebnis (≥ 0) vorsieht, im Berichtsjahr eingehalten.

ERTRAG

GEBÜHREN
BÜRGERRECHT

CHF 924'573.40

Die Einnahmen aus Gebühren für die Einbürgerungen liegen im Berichtsjahr höher als im Vorjahr, weil die Einbürgerungskommission vorübergehend – zwecks Abbaus pender Gesuche – die Kadenz der Behandlung von Einbürgerungsbegehren massiv erhöht und somit signifikant mehr Gesuche behandelt hat, als im langjährigen Durchschnitt zu erwarten ist. So wurden im Berichtsjahr insgesamt 1052 Einbürgerungsbegehren behandelt, was nahezu eine Verdopplung der sonst üblicherweise jährlich bearbeiteten Gesuche (Vorjahr 608) darstellt. Diese Kadenz wird jedoch nach Abbau der bestehenden Pendenzen wieder reduziert werden, weshalb diese Mehrerträge nicht nachhaltig sind sondern Einmaligkeitscharakter haben.

FORSTBETRIEB

CHF 766'213.73

Erstmals wird für die Waldbewirtschaftung das Ergebnis des gesamten Forstbetriebs der Bürgergemeinde in die Rechnung der Zentralen Dienste eingebaut (Produktgruppe «Konzernführung»), was sich nach der Übernahme der Waldungen des Bürgerspitals durch die Bürgergemeinde in den Jahren 2005 und 2006 aufdrängt. Dadurch fällt das Ergebnis des Forstbetriebs an sich nicht wesentlich anders aus. Allerdings führt diese Übernahme dazu, dass die Rechnung der Zentralen Dienste zusätzlich belastet wird, weil der Aufwandüberschuss für die Waldbewirtschaftung der neu erworbenen Waldungen nicht mehr wie bis anhin durch das Bürgerspital, sondern durch die Zentrale Dienste getragen werden muss. Die Ertragssituation des Forstbetriebs hat sich im Berichtsjahr aus verschiedenen Gründen verbessert. Zum einen hat der Marktpreis für Holz spürbar angezogen. Zum anderen sind im Zusammenhang mit dem Kauf der Waldungen vom Bürgerspital sowie aufgrund verschiedener Versicherungsleistungen (u.a. Taggeldleistungen für unfallbedingte Absenzen sowie Entschädigungen für Schneedruckschäden) zusätzliche Leistungen geflossen, welche jedoch Einmaligkeitscharakter haben. Für Details wird auf die gesonderte Forstrechnung verwiesen.

ZENTRALE DIENSTE

MIETERTRAG

CHF 90'000.00

Aus Gründen der Transparenz und der Kostenwahrheit sowie vor allem der Notwendigkeit, im Rahmen der neuen Strukturen alle anfallenden Kosten (auch kalkulatorische) verursachergerecht umzulegen, werden den Behörden der Bürgergemeinde und dem Personal der Zentralen Dienste im Berichtsjahr erstmals für die im Stadthaus genutzten Räumlichkeiten Mietzinsen belastet. Dieser Vorgang ist erfolgsneutral, da diese Position sowohl im Aufwand wie im Ertrag erscheint; er ist jedoch für die Kostenrechnung mit Kostenträgern, welche ihrerseits zu den Produkten bzw. Produktgruppen verdichtet werden, notwendig.

MIETERTRAG

CHF 3'211'076.50

Durch den Kauf einer weiteren Liegenschaft im Finanzvermögen per 1. Juli erhöhen sich die Mietzinseinnahmen.

BAURECHTSZINSEN

CHF 302'333.75

In dieser Position sind die Zinserträge für die gültigen Baurechtsverträge zusammengefasst. Im einzelnen handelt es sich um Zahlungen von der Hardwasser AG, von der Gemeinde Muttensz (Pumpwerk Hard), der Firma Meyer Spinnler AG (Teil des Firmengeländes) sowie von verschiedenen Baurechtsnehmern für insgesamt 11 Parzellen auf dem Hardhügel.

PACHTZINSEN

CHF 509'606.80

Diese Position setzt sich aus den Zinserträgen für die Verpachtung des Waldhauses und der Kiesgrube zusammen. Aufgrund des zeitlichen Ablaufs bei der Erstellung der definitiven Abrechnung des Kiesgrubenpächters können in der Jahresrechnung jeweils nur die provisorischen, mündlich in Aussicht gestellten Umsatzzahlen (Akontozahlungen) verbucht werden. Für das Rechnungsjahr 2005 waren die effektiven Umsatzzahlen wesentlich höher als in Aussicht gestellt. Dies führt anhand des definitiven Zahlenmaterials zu einer entsprechenden Korrektur im Berichtsjahr.

AUFWAND

PERSONALAUFWAND

CHF 1'450'414.50

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr in erster Linie deswegen rückläufig, weil im Berichtsjahr für den bei der Pensionskasse Basel-Stadt versicherten Personenkreis geringere, jedoch immer noch namhafte Zusatzzahlungen zu erbringen waren; die weitere Entwicklung dieser Kosten ist allerdings offen, da sie unter anderem massgebend vom Ergebnis sowie den rechtlichen Grundlagen der Pensionskasse Basel-Stadt abhängt. Da im laufenden Jahr infolge Nachfolgeregelungen vorübergehend Doppelbesetzungen notwendig waren und damit auch Veränderungen der Struktur des Personalkörpers einhergingen, ist davon auszugehen, dass die Lohnkosten der Zentralen Dienste künftig zurückgehen werden.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT CHF 143'142.90

Die Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit reduzierten sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr, weil im Jahr 2005 Neuwahlen stattgefunden haben, was im Vorjahr zu einer Erhöhung dieser Position führte.

VERWALTUNGSAUFWAND CHF 531'994.05

Der deutliche Anstieg dieser Position geht in erster Linie darauf zurück, dass grössere Rückstellungen – vor allem in den Bereichen Einbürgerungen sowie Einrichtungen Stadthaus – gebildet werden mussten. Zudem wurden im laufenden Jahr schon seit langem anstehende Neuanschaffungen für die Büroräumlichkeiten getätigt.

MIETAUFWAND CHF 90'000.00

Aus der schon in der entsprechenden Ertragsposition dargelegten Begründung wurden den Behörden der Bürgergemeinde und dem Personal der Zentralen Dienste im Berichtsjahr für die im Stadthaus genutzten Räumlichkeiten Mietzinsen belastet. Dieser erfolgsneutrale Vorgang ist für die Kostenrechnung mit Kostenträgern, welche ihrerseits zu den Produkten bzw. Produktgruppen verdichtet werden, notwendig.

FORSTBETRIEB CHF 838'512.40

Wie schon bei der entsprechenden Ertragsposition erläutert, wird neu das Ergebnis des gesamten Forstbetriebes dargestellt. Der Aufwand fiel insgesamt etwas geringer aus als erwartet, weil im Bereich der Personalkosten aufgrund einer natürlichen Fluktuation sowie einer unfallbedingten Absenz weniger Kosten angefallen sind; diese Minderaufwendungen haben jedoch Einmaligkeitscharakter. Für Details wird auf die gesonderte Forstrechnung verwiesen.

STADTHAUS CHF 138'967.15

Infolge Realisierung verschiedener Unterhaltsarbeiten im Stadthaus sind die Aufwendungen angestiegen. Da noch einige weitere Unterhalts- und Renovationsarbeiten anstehen, dürfte sich diese Position mittelfristig auf ähnlichem oder gar höherem Niveau bewegen.

WOHNLIEGENSCHAFTEN CHF 2'155'846.66

Durch den Kauf einer weiteren Liegenschaft im Finanzvermögen per 1. Juli erhöhte sich der Liegenschaftsaufwand. Zudem ist in den folgenden Jahren für den Liegenschaftsbereich mit grösseren Unterhaltsarbeiten bzw. Investitionen zu rechnen. Teilweise konnte diesem Umstand durch Rückstellungen bereits im Berichtsjahr Rechnung getragen werden; es ist jedoch noch längerfristig mit weiteren Aufwendungen für grössere Unterhaltsarbeiten bzw. Investitionen zu rechnen, da es das erklärte Ziel ist, den Wert der Liegenschaften auf lange Sicht zu erhalten.

Auch dieses Mal sind die praxisgemäss vorgesehenen Abschreibungen im Liegenschaftssektor eingestellt (2 % des Kaufpreises der neueren Wohn- und Geschäftsliegenschaften). Somit wiegt angesichts dieser verhältnismässig hohen Abschreibungsquote der Umstand, dass (zumindest bisher) keine langfristige Investitionsplanung bzw. -rech-

nung im Liegenschaftsbereich geführt wird, nicht so schwer. Es ist jedoch vorgesehen, eine langfristige Investitionsplanung zu erarbeiten, um künftig mehr planerische Sicherheit zu erhalten. Zudem wurden zwei Liegenschaften, welche nur noch einen verhältnismässig geringen Bilanzwert aufwiesen und bereits seit einigen Jahren nicht mehr abgeschrieben wurden, im Sinne einer Bereinigung auf den Erinnerungsfranken abgeschrieben.

**ZUWEISUNG
INVESTITIONSFONDS****CHF 290'000.00**

Wiederum werden die Nettoeinnahmen aus Kiesabbau, welcher faktisch Vermögensverzehr darstellt, dem Investitionsfonds zugewiesen, damit Investitionen in andere Vermögenswerte möglich sind und auf diese Weise die Ertragskraft des Vermögens langfristig erhalten bleibt.

Die Zuweisung an den Investitionsfonds ist vom Nettoertrag aus Kiesabbau abhängig. Wie dort erläutert, haben sich die Gegebenheiten verändert. Dementsprechend konnten dem Investitionsfonds erfreulicherweise CHF 290'000 zugewiesen werden.

STEUERN**CHF 40'889.10**

Die Bürgergemeinde ist im Kanton Basel-Stadt steuerbefreit. Steuern fallen dagegen im Kanton Basel-Landschaft an. Im Einzelnen betrifft die Steuerpflicht die Einnahmen aus der Verpachtung des Waldhauses und der Kiesgrube sowie die Zinserträge aus den gültigen Baurechtsverträgen. Die ausgewiesenen Steuern stehen somit in keinem direkten Verhältnis zum ausgewiesenen Ergebnis.

VERWALTUNGSBERICHT DES BÜRGERRATES

BILANZ

		31.12.2006 CHF	31.12.2005 CHF
AKTIVEN			
UMLAUFVERMÖGEN	Flüssige Mittel	3'016'651.96	2'798'766.46
	Treuhänderische Vermögensanlage	1'330'000.00	-
	Forderungen	294'042.15	504'889.87
	Vorräte	15'384.00	1'380.00
	Aktive Rechnungsabgrenzung	493'263.44	466'584.20
TOTAL UMLAUFVERMÖGEN		5'149'341.55	3'771'620.53
FINANZANLAGEN	Darlehen	925'000.00	925'000.00
	Beteiligungen	605'000.00	525'000.00
FINANZANLAGEN		1'530'000.00	1'450'000.00
SACHANLAGEN	Mobilien, Einrichtungen und Fahrzeuge	241'301.00	270'451.00
	Immobilien	9'002.00	12'002.00
SACHANLAGEN VERWALTUNGSVERMÖGEN		250'303.00	282'453.00
	Mobilien und Einrichtungen	1.00	1.00
	Immobilien	29'340'004.00	26'837'002.00
	Waldungen/Rebberg	37.00	4.00
SACHANLAGEN FINANZVERMÖGEN		29'340'042.00	26'837'007.00
VERMÖGENSANLAGEN	FÜR FONDS UND UNSELBSTÄNDIGE STIFTUNGEN	11'394'275.87	10'956'879.97
TOTAL ANLAGEVERMÖGEN		42'514'620.87	39'526'339.97
TOTAL AKTIVEN		47'663'962.42	43'297'960.50

ZENTRALE DIENSTE

2006

		31.12.2006 CHF	31.12.2005 CHF
PASSIVEN			
FREMDKAPITAL	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	108'561.80	695'727.90
	Übrige Verbindlichkeiten	1'330'000.00	0.00
	Passive Rechnungsabgrenzung	617'559.55	605'714.70
	Kurzfristige Rückstellungen	611'198.65	-
	KURZFRISTIGES FREMDKAPITAL	2'667'320.00	1'301'442.60
	Darlehen von Stiftungen und Fonds	5'635'000.00	4'095'000.00
	Hypotheken	5'500'000.00	5'000'000.00
	Langfristige Rückstellungen	1'922'672.50	1'931'441.00
	Vermögensanlage für Fonds und unselbständige Stiftungen	11'394'275.87	10'956'879.97
	LANGFRISTIGES FREMDKAPITAL	24'451'948.37	21'983'320.97
TOTAL FREMDKAPITAL		27'119'268.37	23'284'763.57
EIGENKAPITAL	Kapital	4'000'000.00	4'000'000.00
	Ordentliche Reserve	12'411'196.93	12'202'012.98
	Jahresergebnis	176'172.12	207'029.00
	Investitionsfonds	3'185'000.00	2'895'000.00
	Forstreserve	340'325.00	400'000.00
	Erneuerungsfonds Hotel/Restaurant Waldhaus	432'000.00	307'000.00
	Rücklagen	0.00	2'154.95
TOTAL EIGENKAPITAL		20'544'694.05	20'013'196.93
TOTAL PASSIVEN		47'663'962.42	43'297'960.50

KOMMENTAR ZUR BILANZ

AKTIVEN

FLÜSSIGE MITTEL	CHF 3'016'651.96 Für jede Liegenschaft wird ein separates Bankkonto geführt. Die jeweiligen Bestände sind per 31. Dezember in die Jahresrechnung zu integrieren. Daher ist der Bestand per Stichtag verhältnismässig hoch.
TREUHÄNDERISCHE VERMÖGENSANLAGE	CHF 1'330'000.00 Auf diesem Konto werden die restlichen der vorübergehend bei den Zentralen Diensten «parkierten» Mittel der so genannten «Waisenhaus-Million» für die Jahre 2004 und 2005 ausgewiesen.
FORDERUNGEN	CHF 294'042.15 Hier handelt es sich einerseits um die Pachtzinsabrechnung des Hotel/Restaurant Waldhaus (Abschlussrechnung nach Berücksichtigung bereits erfolgter Akontozahlungen) und andererseits um die Rechnungen vor allem für Einbürgerungsgesuche, welche im Rechnungsjahr gestellt wurden, jedoch noch nicht bezahlt sind. Ebenfalls wird der Debitorenbestand der Forstverwaltung abgebildet. Die signifikante Abweichung zum Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass auf dieser Position bis ins Jahr 2005 die gesprochenen aber noch nicht ausbezahlten Beiträge aus dem Anteil der Bürgergemeinde am Ertrag der Christoph Merian Stiftung vorübergehend «parkiert» wurden. Da im Rahmen der neuen Strukturen diese Beträge seit dem Berichtsjahr von der Stiftungskommission beschlossen und daraufhin direkt von der Christoph Merian Stiftung ausbezahlt werden, ist diese Position markant zurückgegangen.
BETEILIGUNGEN	CHF 605'000.00 Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr die Bezahlung der bereits früher gezeichneten, jedoch erst zu einem Fünftel bezahlten Beteiligungen der Raurica Waldholz AG erfolgte (CHF 80'000).
IMMOBILIEN (IM FINANZVERMÖGEN)	CHF 29'340'004.00 Durch den Kauf einer weiteren Liegenschaft im Finanzvermögen per 1. Juli für CHF 3,6 Millionen, durch die praxismässig vorgesehenen Abschreibungen im Liegenschaftssektor (2% des Kaufpreises der neueren Wohn- und Geschäftsliegenschaften) sowie aufgrund des Umstands, dass zwei Liegenschaften, welche nur noch einen verhältnismässig geringen Bilanzwert aufwiesen und bereits seit einigen Jahren nicht mehr abgeschrieben wurden, im Sinne einer Bereinigung auf den Erinnerungsfranken abgeschrieben wurden, hat sich die Bilanzsumme des Liegenschafts-Portfolios entsprechend verändert.
WALDUNGEN/REBBERG	CHF 37.00 Nachdem die Bürgergemeinde vom Bürgerspital die Waldungen übernommen hat, wurde die Gelegenheit genutzt, um die bisherige uneinheitliche Darstellung der Waldungen in der Bilanz zu bereinigen und neu jede einzelne Parzelle mit dem Erinnerungsfranken

auszuweisen. Somit sind die 36 Waldparzellen sowie der Rebberg der Bürgergemeinde je mit dem Erinnerungsfranken bilanziert. Dies dient der Transparenz und berücksichtigt den Umstand, dass jede Parzelle für sich selbst verkehrsfähig ist.

**VERMÖGENSANLAGE
FÜR FONDS UND UNSELB-
STÄNDIGE STIFTUNGEN**

CHF 11'394'275.87

Hier wird das von der Basler Kantonalbank im Rahmen eines Vermögensverwaltungsmandats betreute Kapital der Stiftungen und Fonds per Stichtag 31.12. abgebildet.

PASSIVEN

**VERBINDLICHKEITEN
AUS LIEFERUNGEN UND
LEISTUNGEN**

CHF 108'561.80

Bei dieser Position handelt es sich um Rechnungen, welche noch das Berichtsjahr betreffen.

Auf dieser Position wurden bis ins Jahr 2005 die gesprochenen aber noch nicht ausbezahlten Beiträge aus dem Anteil der Bürgergemeinde am Ertrag der Christoph Merian Stiftung vorübergehend «parkiert». Da im Rahmen der neuen Strukturen diese Beträge seit dem Berichtsjahr von der Stiftungskommission beschlossen und daraufhin direkt von der Christoph Merian Stiftung ausbezahlt werden, ist diese Position markant zurückgegangen.

**ÜBRIGE
VERBINDLICHKEITEN**

CHF 1'330'000.00

Wie schon bei der Aktivposition erörtert, geht es hier um die restlichen der vorübergehend bei den Zentralen Diensten «parkierten» Mittel der so genannten «Waisenhaus-Million» für die Jahre 2004 und 2005 per Stichtag 31.12. Da hier nach und nach Beiträge bewilligt werden, wird diese Position sich laufend reduzieren, bis sämtliche Mittel verwendet sein werden.

**KURZFRISTIGE
RÜCKSTELLUNGEN**

CHF 611'198.65

Hier werden diejenigen Rückstellungen dargestellt, von denen erwartet wird, dass sich die Gründe für deren Bildung innerhalb eines Jahres – im Jahr 2007 also – realisieren werden, was folglich zur Auflösung der entsprechenden Rückstellungen führen wird. Im Einzelnen handelt es sich mehrheitlich (CHF 485'000.00) um im Berichtsjahr neu gebildete Rückstellungen. Da in den früheren Jahren keine Unterscheidung in kurz- und langfristige Rückstellungen getroffen wurde, ist ein Vorjahresvergleich nicht möglich. Im Wesentlichen kann jedoch festgehalten werden, dass im Berichtsjahr Rückstellungen getätigt wurden, um verschiedene im nächsten Jahr anstehende Unterhaltsarbeiten bzw. Investitionen im Bereich der Liegenschaften zu realisieren. Auch wurden für verschiedene Projekte im Bereich der Einbürgerungen, für die im Jahr 2007 zu erwartenden Nachzahlungen für die bei der Pensionskasse des Basler Staatspersonals versicherten aktiven bzw. ehemaligen Mitarbeitenden und für die geplante Neugestaltung des Empfangsbereichs im Stadthaus Rückstellungen gebildet.

**DARLEHEN VON
STIFTUNGEN UND
FONDS****CHF 5'635'000.00**

Hier sind Darlehensverpflichtungen der Bürgergemeinde gegenüber den Stiftungen und Fonds abgebildet. Konkret stellen diverse Stiftungen und Fonds nicht zuletzt auch im Sinne einer ausgeglichenen Risikoverteilung (Ausgleich zum Vermögensverwaltungsmandat) der Bürgergemeinde finanzielle Mittel zur Verfügung. Diese tilgt damit Hypothekarschulden und vergütet im Gegenzug den Stiftungen und Fonds das jeweilige Darlehen zu einem marktüblichen Zinssatz.

Der Anstieg dieser Verbindlichkeiten ist darauf zurückzuführen, dass der Kauf einer weiteren Liegenschaft im Finanzvermögen per 1. Juli für CHF 3,6 Millionen zu einem wesentlichen Teil mittels Darlehen bei den Stiftungen und Fonds (rund CHF 1,5 Million) finanziert wurde.

HYPOTHEKEN**CHF 5'500'000.00**

Trotz Kauf einer weiteren Liegenschaft im Finanzvermögen per 1. Juli für CHF 3,6 Millionen erhöhten sich die Hypothekarschulden nur verhältnismässig gering, weil der überwiegende Teil mit eigenen Mitteln (rund CHF 1,5 Million) bzw. mittels Darlehen bei den Stiftungen und Fonds (rund CHF 1,5 Millionen) finanziert worden ist.

**LANGFRISTIGE
RÜCKSTELLUNGEN****CHF 1'922'672.50**

Hier werden diejenigen Rückstellungen dargestellt, von denen erwartet wird, dass sich die Gründe für deren Bildung nicht innerhalb eines Jahres realisieren werden, so dass diese noch längere Zeit fortbestehen dürften.

Da, wie bereits erwähnt, in den früheren Jahren keine Unterscheidung zwischen kurz- und langfristigen Rückstellungen getroffen wurde, ist ein Vorjahresvergleich nicht möglich. Neu wurden im Berichtsjahr – ausser angesichts des aufgrund der Änderung der eidgenössischen Gesetzgebung im Bereich der Einbürgerungen, wonach ab dem Jahr 2006 nur noch kostendeckende Gebühren berechnet werden dürfen, entstandenen Bedürfnisses, für allfällige künftige Schwankungen Rückstellungen zu bilden, sowie der im Hinblick auf die alle sechs Jahre stattfindenden Gesamterneuerungswahlen und der latent stets vorhandenen Möglichkeit, dass eine Abstimmung durchgeführt werden muss, bestehenden Notwendigkeit, entsprechende Rückstellungen zu bilden – kaum neue langfristige Rückstellungen gebildet.

Allerdings wurden sämtliche in der früheren Rechnungslegung ausgewiesenen Rückstellungspositionen auf deren Notwendigkeit hin überprüft und aufgrund der aktuellen Bedürfnisse und Umstände nach Absprache mit der Revisionsfirma teilweise neu zugeordnet.

INVESTITIONSFONDS**CHF 3'185'000.00**

Wiederum werden die Nettoeinnahmen aus Kiesabbau dem Investitionsfonds zugewiesen, damit Investitionen in andere Vermögenswerte möglich sind und auf diese Weise die Ertragskraft des Vermögens langfristig erhalten bleibt.

FORSTRESERVE

CHF 340'325.00

Die Übernahme der restlichen Waldungen vom Bürgerspital erfolgte zu Lasten dieser Position. Gleichzeitig wurde diese Position durch die Erträge aus Landabtretungen an die Gemeinde Pratteln geöffnet.

**ERNEUERUNGSFONDS
HOTEL/RESTAURANT
WALDHAUS**

CHF 432'000.00

Weil gemäss steter Praxis die «Waldhaus-Rechnung» in sich langfristig ausgeglichen sein soll, wird – wie bereits in den Jahren zuvor – der Ertragsüberschuss aus dieser «Waldhaus-Rechnung» dem Erneuerungsfonds zugewiesen, damit dergestalt genügend Mittel vorhanden sind, um künftig anfallende Investitionen zu finanzieren. Entnahmen mussten im Berichtsjahr keine getätigt werden.

RÜCKLAGEN

CHF 0.00

Diese Position wurde mangels Notwendigkeit aufgehoben. Der Betrag von CHF 2'154.95 wurde erfolgsneutral bilanzintern auf die Position «ordentliche Reserve» umgebucht.

ANHANG ZUR JAHRESRECHNUNG

Vergleichbarkeit mit früheren Verwaltungsberichten

Basierend auf den überarbeiteten Vorgaben des Bürgerrates zur Erarbeitung der Rechenschaftsberichte für den 131. Verwaltungsbericht des Bürgerrates an den Bürgergemeinderat wurde auch die Darstellungsform der Erfolgsrechnung und der Bilanz überarbeitet und angepasst. Zwecks Wahrung der Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst; sie sind deshalb nicht in allen Fällen mit den Angaben der Berichterstattung des Vorjahres vergleichbar.

GEBÄUDEVERSICHERUNGSWERTE		PER 1.1.2007	PER
1.1.2006			
LIEGENSCHAFTEN DER BÜRGERGEMEINDE		IN CHF	IN CHF
SUMME DER GEBÄUDEVERSICHERUNGSWERTE IM FINANZVERMÖGEN		60'669'000	56'624'000
SUMME DER SICH IM EIGENTUM VON STIFTUNGEN BEFINDLICHEN LIEGENSCHAFTEN			
Gempenstrasse 68, Allschwilerstrasse 94 und Schneidergasse 2		3'936'000	3'873'000
GEBÄUDEVERSICHERUNGSWERTE DER IMMOBILIEN IM VERWALTUNGSVERMÖGEN			
im einzelnen	• Stadthaus inklusive Nebengebäude und Totengässlein 6	11'810'000	11'620'000
	• Werkhof (Hardwald)	632'000	632'000
	• Brennholzschuppen Hard mit Schirmhütte	198'000	198'000
	• Waldpavillon (Lange Erlen)	45'000	44'000
	SUMME	12'685'000	12'494'000
TOTAL		77'290'000	72'991'000

Eigentumsbeschränkungen für eigene Verpflichtungen

Zur Sicherung der Hypothekarpflichtungen sind – gleich wie im Vorjahr – die Schuldbriefe folgender Liegenschaften bei der kreditgebenden Bank hinterlegt bzw. dieser verpfändet:

SCHULDBRIEFE

Namensschuldbrief	Lehenmattstrasse 140/142	1. Rang	2'100'000
Namensschuldbrief	Lehenmattstrasse 140/142	2. Rang	500'000
Namensschuldbrief	Delsbergerallee 11	1. Rang	2'100'000
Namensschuldbrief	Bleichestrasse 7	1. Rang	4'000'000
Inhaberschuldbrief	Habsburgerstrasse 38	1. Rang	2'500'000

TOTAL

11'200'000

Insgesamt repräsentieren diese Liegenschaften einen Gebäudeversicherungswert von CHF 16'025'000 (Stand 1.1.2007; Vorjahr: CHF 15'769'000).

Beteiligungen

Die Bürgergemeinde hält Beteiligungen der Hardwasser AG (CHF 500'000; 10% des Aktienkapitals), der Holzvermarktungszentrale Nordwestschweiz (HZN; CHF 5'000; 2,5% des Aktienkapitals) sowie der Raurica Waldholz AG (CHF 100'000; rund 1,5% des Aktienkapitals).

Ergebnis der Produktgruppen in der Übersicht

RECHNUNG	AUFWAND	ERTRAG	ERGEBNIS
KONZERNFÜHRUNG	5'235'191.00	5'324'979.00	89'788.00
DIENSTLEISTUNGEN FÜR DIE BÜRGERSCHAFT	839'409.00	925'793.00	86'384.00

WEITERE BERICHTE

Forstbetrieb

Zusammen mit der Hardwasser AG wurden in der südlichen Hard die Waldwege saniert. Dabei wurde unter anderem in Zusammenarbeit mit einer Spezialfirma für Erneuerungsarbeiten an verschiedenen Wegen rund 330 Kubikmeter Gelbkies eingefüllt und verdichtet. Mit rund 500 Kubikmeter Holz wurde ein grosser Holzschlag im Hardwald durchgeführt. Vor allem kranke und überalterte Bäume, die eine latente Gefahr bildeten, mussten im Zuge des rund zwei Monate dauernden Holzschlags gefällt werden. Ein solcher Holzschlag dient gerade auch dazu, den Wald auszulichten und somit Platz für gesunde Bäume zu schaffen und dadurch die langfristige Erhaltung des Waldes zu gewährleisten. Jährlich wachsen im Hardwald ungefähr 1'500 Kubikmeter Holz nach.

Einheimisches Holz als Rohstoff und Energieträger wird in der Schweiz wieder mehr geschätzt. Im Berichtsjahr stiegen infolge stärkerer Nachfrage der Holzverarbeiter die Preise für Nutzholz allmählich an.

Der Weihnachtsbaumverkauf 2005 verlief durchzogen. Der Versuch, die Weihnachtsbäume auch in der Stadt – im Hof des Stadthauses – zu verkaufen, ist gescheitert, da der Aufwand für Transport, Personal und Werbung den erzielten Ertrag um ein Vielfaches überstieg. Dagegen fiel der bereits traditionelle Weihnachtsbaumverkauf im Werkhof zufrieden stellend aus. Ebenfalls erfolgreich verlief das so genannte «Stellen» von grossen Weihnachtsbäumen in der Stadt.

Die aussergewöhnlichen Schneefälle im März haben auch in den Waldungen der Bürgergemeinde einige Schäden infolge Schneedrucks verursacht, welche allerdings finanziell zu einem grossen Teil durch Versicherungsleistungen aufgefangen werden konnten.

Grössere Borkenkäferschäden sind glücklicherweise nicht zu verzeichnen, wenngleich es in den Waldungen der Bürgergemeinde vereinzelt zu Schäden an Fichten kam. In den kommenden Jahren muss jedoch erfahrungsgemäss und je nach Wetterlage wieder mit grösseren Mengen Käferholz gerechnet werden.

Nach wie vor äusserst unbefriedigend ist die Belastung durch die sehr zahlreichen Hundehalter mit ihren Hunden, welche täglich den Hardwald aufsuchen. Gemeinsam mit der Gemeinde Muttenz wurden zur Aufklärung und Sensibilisierung Infotafeln installiert, welche auf die bestehende Problematik hinweisen. Nichts desto trotz hat die Nutzungsintensität gerade im Hardwald die Grenze der Verträglichkeit erreicht wenn nicht gar schon überschritten.

Serge Witschi hat nach erfolgreichem Abschluss seiner Forstwartlehre noch bis Ende März für die Forstverwaltung gearbeitet und diese daraufhin planmässig verlassen. Auf Ende Januar hat Forstwart Thomas Wäkerle seine Anstellung gekündigt, um sich in der Region Bern zum Baumpflegespezialisten auszubilden. Mit Peter Signer wurde auf den 1. Oktober (Beginn des neuen Forstjahres) wieder ein neuer Forstwart eingestellt; er wurde vom aufgelösten Revier Lange Erlen der Stadtgärtnerei übernommen.

ZENTRALE DIENSTE

		RECHNUNG 2006 CHF	RECHNUNG 2005 CHF
BETRIEBSRECHNUNG (Forstjahr 1.10.2005 bis 30.9.2006)			
ERTRAG	Holzerlös	343'520.95	336'308.50
	Entschädigungen und Beiträge	193'506.65	119'365.15
	Vergütung für erbrachte Leistungen	63'508.85	81'589.80
TOTAL ERTRAG		600'536.45	537'263.45
AUFWAND	Besoldungen	430'176.45	435'533.50
	Sozialleistungen	112'252.70	119'700.25
	Personalnebenkosten	10'316.35	14'668.65
	Verwaltungskosten	14'008.90	12'788.25
	Fahrzeugunterhalt, Energieaufwand	98'426.25	100'478.35
	Unternehmerleistungen	114'133.50	135'482.50
	Sachversicherungen, Verbandsbeiträge	12'464.75	14'431.50
	Übriger Sachaufwand	46'733.50	70'112.50
TOTAL AUFWAND		838'512.40	903'195.50
MEHRAUFWAND	Mehraufwand Bürgergemeinde	212'298.70	185'832.55
	Mehraufwand Bürgerspital		114'090.70
	Mehraufwand Christoph Merian Stiftung	25'677.25	66'008.80

Erläuterungen zur Betriebsrechnung Forstjahr 2005/2006**ALLGEMEIN**

Bei einem Ertrag von CHF 600'536.45 (Vorjahr: CHF 537'263.45) und einem Aufwand von Fr. 838'512.40 (Vorjahr: CHF 903'195.50) ergibt sich ein Mehraufwand aus der Betriebstätigkeit von CHF 237'975.95 (Vorjahr: CHF 365'932.05). Die Christoph Merian Stiftung trug davon für die Bewirtschaftung ihrer Waldungen den Betrag von CHF 25'677.25 (Vorjahr: CHF 66'008.80). Somit beträgt das Forstdefizit der Bürgergemeinde (inkl. Ergebnis der vom Bürgerspital übernommenen Waldungen) CHF 212'298.70 (Vorjahr: Bürgergemeinde CHF 185'832.55 und Bürgerspital CHF 114'090.70; insgesamt also CHF 299'923.55). Dieses Defizit reduziert sich um den Betrag von CHF 140'000, welcher zu Lasten des Anteils der Bürgergemeinde am Ertrag der Christoph Merian Stiftung für die zusätzliche, aufwendige und kostenintensive Bewirtschaftung der «Wohlfahrtswaldungen» bewilligt wurde. Somit resultiert letztlich ein Defizit von CHF 72'298.70, welches von der Bürgergemeinde zu tragen war. Dieses Resultat fiel deutlich besser aus als erwartet.

ERTRAG

Die steigende Nachfrage der Holzverarbeiter hatte eine höhere Holznutzung bei leicht gestiegenen Preisen zur Folge, was die Jahresrechnung des Forstbetriebes positiv beeinflusst hat. Einheimisches Holz als Rohstoff und Energieträger wird in der Schweiz

wieder mehr geschätzt. Dabei konnten sowohl für qualitativ hochwertige Bäume wie auch für die «schlechteren» Holzsortimente vor allem dank des kalten Winters 2005/2006 sowie dank des steigenden Ölpreises höhere Preise erzielt werden. Zudem haben sich die Preise für Industrieholz von Oktober 2005 bis Oktober 2006 beinahe verdoppelt.

Die Beiträge für Pflegemassnahmen blieben im Rahmen der Erwartungen. Hingegen übertrafen die Entschädigungen von Dritten die Erwartungen – vor allem infolge Versicherungszahlungen für Schneedruckschäden im März.

AUFWAND

Der Aufwand für die Löhne – und somit auch für die Sozialleistungen und Personalnebenkosten – ist tiefer als budgetiert, da eine frei gewordene Forstwartstelle für einige Monate unbesetzt blieb und darüber hinaus unfallbedingte Absenzen durch Versicherungsleistungen finanziell teilweise aufgefangen wurden.

Unternehmerleistungen beinhalten Kosten für den Einsatz von Spezialfirmen für Arbeiten, welche in der Regel mangels Vorhandenseins der entsprechenden Maschinen nicht vom eigenen Personal erledigt werden (z.B. für die Instandstellung der Waldwege in der südlichen Hard, für die Holztransporte oder für das Aufarbeiten von Käferholz). Gegenüber dem Vorjahr wurden von der Spezialfirma für Holzschnitzelherstellung ca. 800 m³ weniger Holzschnitzel produziert. Dies führte im Vergleich zum Vorjahr zu einem merklich geringeren Aufwand in der Position Unternehmerleistungen.

Unter der Position «Übriger Sachaufwand» werden u.a. Kosten für die Entsorgung von Bauschutt, die Beseitigung des von Waldbesuchern im Wald zurückgelassenen Abfalls, Pflanzeneinkäufe sowie Hackholzgutschriften (schlecht absetzbares Industrieholz für die Schnitzelherstellung) erfasst. Der markante Rückgang dieser Ausgaben ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Gegensatz zum Vorjahr keine Rückstellungen gemacht wurden. Zusätzlich kam es zu weniger Hackholzgutschriften, da – wie oben bereits erwähnt – im Vergleich zum Vorjahr deutlich weniger Holzschnitzel produziert wurden. Auch mussten weniger Pflanzen beschafft werden, und es reichten die im Vorjahr gekauften Mergelvorräte für den diesjährigen normalen Wegunterhalt aus.

Liegenschaften

Auf den 1. Juli hat die Bürgergemeinde die Liegenschaft «Beim Letziturm 6/8» gekauft. Die beiden Mehrfamilienhäuser aus dem Jahre 1961 wurden zwischen 1997 und 2001 mehrfach saniert (u.a. Heizung, Küchen, Fenster mit Isolierverglasung, Dach) und verfügen insgesamt über sechzehn 3-Zimmerwohnungen sowie vier Garagen.

Die Bürgergemeinde der Stadt Basel ist per 31. Dezember im Finanzvermögen Eigentümerin folgender Objekte.

IN DER STADT BASEL:

- Beim Letziturm 6/8
- Bleichstrasse 7
- Blochmonterstrasse 17/19
- Burgfelderstrasse 18
- Delsbergerallee 11
- Frobenstrasse 8/10
- Habsburgerstrasse 38
- Inselstrasse 48

- Lehenmattstrasse 140/142
- Lehenmattstrasse 155/157
- Lehenmattstrasse 161
- Riehenring 20
- Rotbergerstrasse 7
- Sängergasse 11
- Schneidergasse 8/10
- Stadthausgasse 15
- Turnerstrasse 25



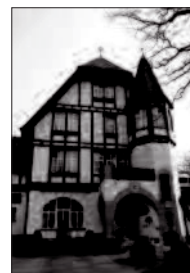
Sängergasse 11

IN BIRSFELDEN:

- Lindenstrasse 2 sowie verschiedene Baurechtparzellen Hardhügel

IN MUTTENZ:

- Hotel Restaurant Waldhaus



Hotel/Restaurant
Waldhaus

Zur Auslastung kann festgehalten werden, dass die Leerstände im Vergleich zum Vorjahr abgenommen haben.

Das Stadthaus mit Nebengebäuden, der Werkhof, der Brennholzschuppen mit Schirmhütte sowie der Waldpavillon gehören zum Verwaltungsvermögen der Bürgergemeinde.

Die Liegenschaft Gempenstrasse 68 gehört zum Stiftungsvermögen der G. Lichtenberg-Stiftung. Die Liegenschaften Allschwilerstrasse 94 sowie Schneidergasse 2 gehören zum Stiftungsvermögen der Baehler-Stiftung; diese werden von der Bürgergemeinde verwaltet.

Neben normalen werterhaltenden Massnahmen und Unterhalt mussten im Berichtsjahr insbesondere folgende grössere Arbeiten ausgeführt bzw. Investitionen getätigt werden. An der Blochmonterstrasse 17/19 wurden infolge Mieterwechsel einige Wohnungen total saniert. Dies vor allem deshalb, weil langjährige Mieter – meist altershalber – ausgezogen sind und ihre Wohnungen sozusagen im «Urzustand» zurückgelassen haben. Im Haus Nr. 17 wurden zudem neue Küchenfenster eingebaut und die Mansarden saniert. An der Delsbergerallee 11 wurden neben Sanierungen bei Mieterwechseln sämtliche Fenster neu gestrichen. Die strassenseitige Fassade der Liegenschaft Burgfel-

derstrasse 18 ist dringend, die rückseitige Fassade demnächst renovationsbedürftig. Dazu wurde ein Sanierungs-Projekt in Auftrag gegeben.

Im Hotel Restaurant Waldhaus wurden in einigen Zimmern des Nebengebäudes neue Duschen eingebaut. Damit sollten sich auch die Hotelzimmer im Nebengebäude besser vermieten lassen.

Bürgerbuch und Jubiläen

Nach Einführung von Infostar als zentrale Datenbank aller Schweizerischen Zivilstandsämter erhält die Bürgergemeinde vom Zivilstandsamt Basel-Stadt in regelmässigen Abständen eine Datei mit den veränderten und neu erfassten Bürgerdaten zugestellt. Diese werden in einer bestehenden Bürgerliste laufend aktualisiert. Zudem wird durch eine Schlüsselung die Verknüpfung zu den vorherigen Registern in Büchern bzw. auf Registerblättern sichergestellt, um dieses historische Erbe zu pflegen bzw. weiterhin benutzen zu können.

Der Bürgerrat gratulierte insgesamt 250 Ehepaaren zu ihren Hochzeitsjubiläen. Die Ehepaare wurden vom Weibel besucht, der neben den Glückwünschen des Bürgerrates jeweils einen eigens gefertigten Jubiläumstaler überbrachte. Dabei konnten 177 (Vorjahr: 175) Ehepaaren zur Goldenen Hochzeit gratuliert werden. Zudem wurden 54 (Vorjahr: 50) Ehepaaren zur Diamantenen, 18 (Vorjahr: 21) Ehepaaren zur Eisernen sowie 1 (Vorjahr: keine) Ehepaar zur Steinernen Hochzeit die guten Wünsche entboten.

Der Bürgerratspräsident bzw. die Bürgerratspräsidentin oder ein anderes Mitglied des Bürgerrates, der Bürgerratsschreiber und der Ratsweibel besuchten 19 (Vorjahr: 12) Jubilarinnen und 3 (Vorjahr: 2) Jubilare anlässlich ihres 100. Geburtstags, gratulierten im Namen der Bürgergemeinde und überbrachten ein ihren Wünschen entsprechendes Geschenk sowie einen Blumenstraus. Zudem konnte Adelheid Wehrle, geboren am 19. November 1899 und mit 107 Jahren die älteste in Basel lebende Basler Bürgerin, besucht und ihr die besten Glückwünsche überbracht werden.

ANHANG UND STATISTIK

Forstbetrieb

WALDFLÄCHEN

Durch den Kauf der Waldungen des Bürgerspitals per 1. Oktober 2005 haben sich die Waldflächen im Eigentum der Bürgergemeinde um knapp 150 Hektaren (1 ha = 100 a = 10'000 m²) auf ca. 433 Hektaren vergrössert. Die Bürgergemeinde besitzt und bewirtschaftet demnach Waldflächen in den Stadt-Gemeinden Riehen (ca. 20 ha) und Bettingen (ca. 12 ha) und in den Land-Gemeinden Birsfelden (ca. 4 ha), Muttenz (ca. 240 ha), Pratteln (ca. 19 ha), Aesch (ca. 3 ha), Arlesheim (ca. 35 ha), Pfeffingen (ca. 97 ha) und Biel-Benken (ca. 2 ha).



Vorbereitung für Neuanpflanzungen

Daneben bewirtschaftet der Forstbetrieb der Bürgergemeinde im Auftragsverhältnis weitere 220 Hektaren Wald. Insgesamt werden somit rund 660 Hektaren Wald betreut.

HOLZSCHNITZEL		
	Lagerbestand Vorjahr	2'361 Schnitzel-m ³
	im Forstjahr 05/06 produziert:	1'339 Schnitzel-m ³
	im Forstjahr 05/06 verkauft:	1'512 Schnitzel-m ³
	Lagerbestand	2'188 Schnitzel-m ³

Die von einer Spezialfirma gehackten Schnitzel werden hauptsächlich an Betriebe verkauft, welche über eine Schnitzelheizung verfügen, wie beispielsweise das Waldhaus und seit kurzem auch die Reha Chrischona.

Der Heizwert pro Schnitzel-m³ ist bei Waldhackschnitzel sehr unterschiedlich. Es gibt verschiedene Grössenkategorien und Sortimente, bei denen der Wassergehalt, der Nadelholzanteil u.a.m. eine gewichtige Rolle spielen. Als unverbindliche Wertangabe kann davon ausgegangen werden, dass ein aus 80% Laubholz und 20% Nadelholz bestehender Schnitzel-m³ einen Heizwert von rund 900 kWh erreicht.

VERKAUFSMENGEN

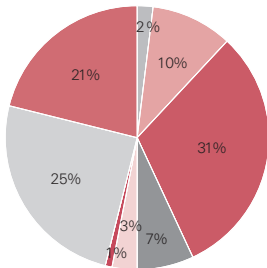
Die Forstverwaltung verkaufte im Berichtsjahr insgesamt 4'052 m³ Holz, im einzelnen bestehend aus 1'126 m³ Nadelrundholz, 824 m³ Laubrundholz, 206 m³ Nadelindustrieholz, 869 m³ Laubindustrieholz, 264 m³ Brennholz und 763 m³ andere Sortimente.

VERWALTUNGSBERICHT DES BÜRGERRATES

ARBEITSAUFWAND IN STUNDEN		STUNDEN	%
ARBEITSGATTUNG	Unterhalt Wege und Anlagen	167	2
	Waldpflege	959	10
	Holzrüstung	2'849	31
	Nebennutzungen	606	7
	Verwaltung, Aufsicht	271	3
	Aus- und Weiterbildung	109	1
	Nebenbetriebe, Arbeitsleistungen für Dritte	1'254	25
	Wohlfahrtsleistungen, Öffentlichkeitsarbeit	1'883	21
TOTAL	9'098	100	

Im Berichtsjahr wurden 9'098 produktive Arbeitsstunden verbucht.

ARBEITSAUFWAND



- Unterhalt Wege/Anlagen (2%)
- Waldpflege (10%)
- Holzrüstung (31%)
- Nebennutzung (7%)
- Verwaltung/Aufsicht (3%)
- Aus-/Weiterbildung (1%)
- Nebenbetriebe (25%)
- Wohlfahrtsleistungen/Öffentlichkeitsarbeiten (21%)



Neuanpflanzungen im Hardwald

PERSONALSTATISTIK		SOLL	IST
STELLEN	Stellenprozent	1600	1450
	Anzahl Personen		15

Bürgerrecht**NEUE BEGEHREN**

Neue Begehren im Berichtsjahr insgesamt (Vorjahr: 764)	598
--	------------

IM BERICHTSJAHR ERLEDIGTE BÜRGERRECHTSGESUCHE

DURCH AUFNAHME	nach kantonalem Bürgerrechtsgesetz	
	– ordentliches Verfahren (über 23-jährige Gesuchsstellende)	585
	– ordentliches Verfahren (unter 23-jährige Gesuchsstellende; Audienzen)	276
	– Wiederaufnahmen ehemaliger Baslerinnen	4
	– Ordentliches Verfahren Schweizer Bürger	57
	nach Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts erleichterte Einbürgerung (Ehegatten von Schweizerbürgern)	75
TOTAL AUFNAHMEN		997

ANDERE ERLEDIGUNGSGRÜNDE	Abweisung des Begehrens	3
	Rückzug des Begehrens durch Gesuchstellenden	9
	Wegzug des Gesuchstellenden	
	Umschreiben des Gesuchs	3
TOTAL ANDERE ERLEDIGUNGSGRÜNDE BIS 31. 12. 2006		15
TOTAL DER ERLEDIGTEN BÜRGERRECHTSBEGEHREN BIS 31. 12. 2006		1012

RÜCKSTELLUNGEN	Rückstellungen von Bürgerrechtsbegehren im Berichtsjahr	115
-----------------------	---	------------

TOTAL DER BEHANDELTEN GESUCHE	1127
--------------------------------------	-------------

HÄNGIGE BEGEHREN

UNBEHANDELTE	Unbehandelte Bürgerrechtsbegehren am 31.12.2006	455
	Infolge Rückstellung pendente Bürgerrechtsbegehren am 31.12.2006	307

TOTAL HÄNGIGE BEGEHREN	762
-------------------------------	------------

GESUCHE VON AUSLÄNDISCHEN BÜRGERRECHTSBEWERBENDEN

		2006	2005			2006	2005
NACH HERKUNFT	Ägypten	0	1	Kolumbien	0	0	
	Äthiopien	1	0	Korea	0	1	
	Afghanistan	2	3	Kroatien	43	37	
	Albanien	1	1	Marokko	2	1	
	Algerien	1	2	Mauritius	0	1	
	Argentinien	0	1	Mazedonien	39	29	
	Bolivien	2	0	Moldawien	0	2	
	Bosnien	73	47	Österreich	2	2	
	Brasilien	3	1	Pakistan	1	2	
	Bulgarien	1	1	Peru	4	1	
	Chile	0	1	Philippinen	1	4	
	China	2	1	Polen	3	1	
	Côte d'Ivoire	0	1	Portugal	5	4	
	Demokratische Republik Kongo	1	0	Rumänien	4	2	
	Dominikanische Republik	2	0	Russland	3	4	
	Deutschland	17	10	Schweden	0	0	
	Ecuador	0	1	Senegal	1	0	
	Eritrea	1	0	Serbien	184	70	
	Finnland	2	3	Slowakei	2	1	
	Frankreich	3	2	Slowenien	1	1	
	Ghana	3	1	Somalia	1	0	
	Griechenland	2	0	Spanien	21	15	
	Grossbritannien	2	1	Sri Lanka	62	36	
	Holland	1	0	Südafrika	0	2	
	Indien	12	10	Syrien	0	0	
	Indonesien	0	2	Thailand	1	2	
	Irak	1	6	Togo	1	0	
	Iran	2	2	Trinidad und Tobago	0	1	
	Israel	0	0	Tschechien	2	0	
	Italien	76	36	Tunesien	1	2	
	Jordanien	1	1	Türkei	240	161	
	Jugoslawien	4	6	Uganda	0	1	
	Kanada	1	0	Ungarn	3	2	
	Kamerun	5	3	USA	1	5	
Kapverden	3	3	Uruguay	1	0		
Kenia	1	0	Vietnam	6	9		
				TOTAL	861	546	

GESUCHE NACH PERSONEN UND GESCHLECHT**SCHWEIZER BÜRGERRECHTSBEWERBENDE**

Männer	34
Frauen	38
Kinder	5
TOTAL SCHWEIZER BEWERBENDE	77

AUSLÄNDISCHE BÜRGERRECHTSBEWERBENDE

Männer	525
Frauen	557
Kinder	632
TOTAL AUSLÄNDISCHE BEWERBENDE	1791

